

DIE ZEIT IST REIF:
MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

POSITIONEN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN FÜR EINE GERECHTE POLITIK

Beschluss des Landesparteitages vom 23. April 2016

www.spd-sh.de/gerechtigkeitheute

VORWORT

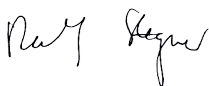
Gerechtigkeit ist der Identitäts- und Markenkern der Sozialdemokratie. Der Wertekompass der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – verpflichtet uns zu einer Politik für mehr Gerechtigkeit. Unsere politische Glaubwürdigkeit und mithin die Möglichkeit künftiger Regierungsmehrheiten unter sozialdemokratischer Führung hängen deshalb maßgeblich davon ab, ob und inwieweit wir imstande sind, eine Politik zu entwickeln und umzusetzen, die in den Augen unserer Wählerinnen und Wähler einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leistet. Dies gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern ebenso im europäischen Kontext und im globalen Maßstab.

Deutschland ist ein überaus reiches Land. Die Wirtschaft ist robust, die Industrie stark und innovativ. Das gilt auch für den unternehmerischen Mittelstand und den Dienstleistungssektor. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind leistungsbewusst und qualifiziert. Der Wohlstand in Deutschland ist so groß wie nie zuvor. Obwohl es Deutschland insgesamt gerade im internationalen Vergleich sehr gut geht, stehen wir vor ernstzunehmenden sozialen Herausforderungen inmitten unserer reichen Gesellschaft. Das betrifft den demografischen Wandel, notwendige Bildungsinvestitionen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen, die Beseitigung des Niedriglohnssektors und der Wohnungsmisere in den Ballungszentren sowie den Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung. Dazu bedarf es mutiger Weichenstellungen, damit die Finanzkraft des Staates mit diesen Aufgaben Schritt halten kann. Gerechtigkeitsfragen stellen sich auch hinsichtlich der in Deutschland bestehenden Schieflagen bei der Einkommens- und Vermögensverteilung. Was wir hier für Deutschland feststellen müssen, gilt ebenso für andere europäische Länder.

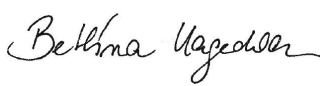
Die SPD Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Monaten intensiv mit den vielfältigen Anforderungen an eine sozial gerechte Politik, die diesen Namen auch verdient, beschäftigt. Wir sind alarmiert über den Vertrauensverlust, den nicht nur sozialdemokratische Politik, sondern staatliches Handeln überhaupt in den vergangenen zehn Jahren Politik erlitten hat. Die erschreckend niedrigen Wahlbeteiligungen zeigen, dass hier die Demokratie insgesamt zur Debatte gestellt wird.

Wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif. Wir müssen mehr Gerechtigkeit wagen!

Unsere Vorstellungen für eine neue Politik für mehr Gerechtigkeit stellen wir hiermit zur Diskussion.



(Ralf Stegner)



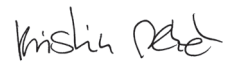
(Bettina Hagedorn)



(Christiane Küchenhof)



(Stefan Bolln)



(Kristin Alheit)



(Dirk Diedrich)



(Serpil Midyatli)



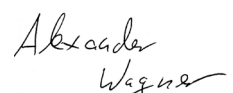
(Birte Pauls)



(Dr. Nina Scheer)



(Mathias Stein)



(Alexander Wagner)

GERECHTIGKEIT HEUTE

Eine Positionsbeschreibung des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen

Inhalt	Seite
Vorwort	
1. Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen	5
2. Verteilungsgerechtigkeit	23
3. Gute Arbeit und soziale Sicherheit	29
4. Bildungsgerechtigkeit	39
5. Starke Familie, starke Kinder, starke Gesellschaft	47
6. Gerechtigkeit im globalen Maßstab – Gerechtigkeit über den Tag hinaus	55

1. DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

Die Grundlagen unserer Politik

Die Regierungserklärung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1969 stand unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“. Damit hatte Willy Brandt den Startschuss für eine neue Zeit gegeben. Die „Politik der inneren Reformen“, die er skizziert hat, bedeutete einen Aufbruch von Staat und Gesellschaft: Reformen in Schule, Hochschule und Ausbildung, das Ziel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, eine umfassende Politik für mehr soziale Sicherheit, die Erweiterung der Arbeitnehmermitbestimmung, der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und der Städtebauförderung und auch damals neue Politikfelder wie Umweltschutz, Humanisierung der Arbeitswelt oder Friedensforschung und nicht zuletzt die neue Entspannungs- und Friedenspolitik - all dies waren Meilensteine auf dem Weg in ein modernes und sozialeres Deutschland. Hunderttausende Männer und Frauen sind damals in die SPD geströmt. Ab Mitte der 1960er ist die Mitgliedschaft innerhalb eines Jahrzehnts von 650.000 auf über eine Million angestiegen. Sie wollten diese Politik der SPD und Willy Brandts unterstützen und daran mitwirken. Heute blicken wir häufig mit viel Bewunderung und Stolz auf diese Zeit. Manchmal verklären wir sie auch und vergessen dabei, dass auch die heute in der Sozialdemokratie aktiven Mitglieder die Chance und Aufgabe haben, durch ihr politisches Denken und Handeln Zeichen zu setzen. Jedenfalls hat die SPD vielfach bewiesen, dass sie immer wieder zu historischen Initiativen fähig ist. Das sollte heute nicht anders sein als damals.

Heute ist Deutschland ein überaus reiches Land. Die deutsche Wirtschaft ist robust, die Industrie stark und innovativ. Das gilt auch für die mittelständischen Unternehmen, die den Charakter der deutschen Wirtschaft nachhaltig prägten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind qualifiziert und leistungsbewusst. Der Wohlstand in Deutschland ist so groß wie nie zuvor. Dies ist auch das Ergebnis einer noch immer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben großen Anteil an diesem jahrzehntelangen Erfolg. Allerdings breiten sich auch durch politische Entscheidungen mitten in unserer reichen Gesellschaft Entwicklungen aus, welche die Frage nach der Zukunftsfähigkeit dieses Wohlstandes und seiner sozial gerechten Verteilung ernsthaft aufwerfen. Große Herausforderungen lassen sich nicht länger leugnen oder einfach in die Zukunft verschieben. Um den Wohlstand und die Qualität des Wachstums in Deutschland zu sichern, stehen wir vor enormen Zukunftsinvestitionen in Bildung und öffentliche Infrastruktur, in die Finanzierung der Energiewende und der Handlungsfähigkeit der Kommunen, in die Bewältigung des demographischen Wandels und in eine Renaissance des

sozialen Wohnungsbaus in den Ballungszentren, in die Vermeidung von Altersarmut und Pflegenotstand und nicht zuletzt in die Beseitigung des angehäuften Atommülls. Zugleich sind heute etwa die Entgeltgleichheit, also gleicher Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit, sowie die Beseitigung des ausgeufernten prekären Niedriglohnssektors unaufschiebbar geworden.

Auf der anderen Seite kann die Finanzkraft des Staates mit diesen vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr mithalten. Im Gegenteil: Der Staat ist heute kaum noch in der Lage seine kaputten Straßen und Brücken zu reparieren. Und inmitten unserer reichen Gesellschaft wächst die Kluft zwischen oben und unten, arm und reich, zwischen den Erfolgreichen und den Abgehängten. Die Armut wird immer mehr zum Thema. Die Armut von Kindern. Die Armut von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Rentnerinnen und Rentnern, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente nicht leben können. Aber auch in der sogenannten Mittelschicht wachsen der wirtschaftliche Druck und die Ängste vor dem sozialen Abstieg. Der bisher breite Konsens über Kernbestandteile der sozialen Marktwirtschaft, wie die Sozialpartnerschaft oder das Verständnis, dass es in unserer Gesellschaft einigermaßen gerecht zugehen muss, erodieren zusehends. Sinkende Wahlbeteiligungen und der Zulauf rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Parteien sind Indizien dafür, dass sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern von der Demokratie abwenden. Was hier über Deutschland gesagt ist, gilt ähnlich für viele europäische Länder. Und die große Zahl von Flüchtlingen, die unter dramatischen Umständen ihre von Krieg, Unterdrückung und Elend zerrütteten Heimatländer verlassen und in Europa Schutz und Perspektiven suchen, zeigt, dass in weiten Teilen der Welt die gegenwärtigen politischen, sozialen und ökologischen Zustände unhaltbar geworden sind und neue Antworten brauchen.

Die soziale Frage ist in voller Schärfe wieder da. Mehr noch: Sie spitzt sich weiter zu. Deshalb ist die Antwort auf die Frage nach der größten politischen Herausforderung der Sozialdemokratie klar: Wir müssen mehr Gerechtigkeit wagen!

Hier besteht akuter Handlungsbedarf, weil viele Menschen unter den sozialen Schief lagen leiden. Wir müssen einen neuen Aufbruch wagen, weil wir existenzielle Zukunftsaufgaben nicht länger in die Zukunft verschieben dürfen. Soziale Gerechtigkeit ist unser zentrales Anliegen als linke Volkspartei. Und es ist unser politischer Identitätskern. Nur die Besinnung und Konzentration auf diesen Identitäts- und Markenkern wird die SPD wieder mehrheitsfähig machen und in die Lage versetzen, ihre Politik in künftigen SPD-geführten Bundesregierungen auch durchzusetzen.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit sind wir herausgefordert, unseren Kurs klar zu bestimmen. Unsere Überzeugung und unsere Erfahrung als älteste deutsche Partei mit einer über 150-jährigen Geschichte sagt uns: **Demokratie setzt soziale Gerechtigkeit voraus.**

Die SPD ist einen weiten Weg gegangen: Von einer sozialistischen Klassenpartei am Beginn der Industrialisierung im feudalistischen Kaiserreich bis hin zu einer linken Volkspartei im demokratischen Rechtsstaat unserer Zeit. Zu ihrer Geschichte und Erfahrung gehören große Erfolge aber auch tragische Niederlagen, wie die Unfähigkeit der Arbeiterbewegung den Nazi-Faschismus in Deutschland aufzuhalten. Die größten Erfolge bestehen darin, mehr und mehr demokratische Rechte erkämpft, krasser kapitalistischer Ausbeutung Grenzen gesetzt und den deutschen Sozialstaat mitgestaltet zu haben. Die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sowie die Einführung des Frauenwahlrechts, die Abschaffung der Kinderarbeit oder die Einführung des Achtsturentages waren historische Meilensteine auf diesem Weg. In der Bundesrepublik Deutschland waren nach dem Zweiten Weltkrieg der Ausbau des Sozialstaates und die Bildungsexpansion der 1970er Jahre, die Einführung der Unternehmensmitbestimmung und die Schaffung eines modernen Arbeitsrechts bis hin zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns am Beginn des Jahres 2015 entscheidende Etappen. Der Schulterschluss von Sozialdemokratie und Gewerkschaften war die immerwährende Grundlage für diese Erfolge.

Die SPD hat sich in ihren Programmen auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Mit diesen Grundwerten verfügt die SPD über Maßstäbe an denen wir die Zustände und die Wirklichkeit in der Gesellschaft messen. Die Grundwerte sind zugleich auch der Kompass, der Ziel und Richtung sozialdemokratischer Politik anzeigt.

Der Kompass zeigt heute auf „Mehr Gerechtigkeit wagen“! Die Zeit ist reif. Eine Mehrheit in allen Generationen, gerade auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wartet darauf, dass die Sozialdemokratie wieder ein historisches Zeichen setzt.

Im **Godesberger Grundsatzprogramm von 1959** hat sich die SPD auf diese Grundwerte als Wertekanon für ihre Politik in der damals noch jungen deutschen Demokratie verpflichtet:

„Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.“

Die SPD hat sich 1959 in Godesberg zur sozialen Marktwirtschaft bekannt („Markt soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig.“). Diese für die SPD damals historische Weichenstellung hatte zur Voraussetzung, dass zehn Jahre zuvor im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Freiheits- und Persönlichkeitsrechte, Rechtsstaat und Menschenrechte, Demokratie und auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verankert wurden. Denn die größte Gefahr sah man darin, dass die wirtschaftliche Macht von Kartellen und Konzernen die Politik des demokratischen Staates vereinnahmen könnte. Diese besteht bis heute.

Im heute gültigen **Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007** ist das sozialdemokratische Werteverständnis weiter entwickelt worden.

Freiheit ist hier vor allem die Möglichkeit des Menschen selbstbestimmt zu leben:

„Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.“

Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze, wo die Freiheit des Anderen verletzt wird. Ökonomisch gesprochen: Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft befürwortet und fördert das unternehmerische Handeln auf möglichst freien Märkten. Der Staat soll aber dann eingreifen, wenn die sozialen Schieflagen so groß werden, dass sie mit dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat des Grundgesetzes nicht mehr zu vereinbaren sind.

Soziale Gerechtigkeit ist deshalb für uns Staatsräson!

Gerechtigkeit gründet sich im Hamburger Programm in der gleichen Würde jedes Menschen. Gerechtigkeit bedeutet hier gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Es bedeutet die gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie sowie den gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern.

„Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.“

„Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein.“

Im Hamburger Programm wendet sich die SPD also gegen jede Form ungerechtfertigter Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft. Gefordert wird eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum muss verpflichten: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Solidarität bedeutet für die Sozialdemokratie die wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfeleistung der Menschen. Solidarität ist die Bereitschaft der Menschen, in Staat und Gesellschaft füreinander einzustehen.

„Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung. [...] Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.“

Während die einzelnen Menschen in der Marktwirtschaft auf die eigene Leistung und den größtmöglichen individuellen Nutzen ausgerichtet sind, sind sie in der Gesellschaft auf die Gemeinschaft angewiesen, die öffentliche Güter wie Schulen, Infrastruktur und Sicherheit zur Verfügung stellt und soziale Sicherheit in Notlagen und im Alter bietet.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen deshalb nach unserem Verständnis nicht in Konkurrenz zueinander. Sie ergänzen und stützen sich gegenseitig. Diese Grundwerte sind ethische Bollwerke gegen jegliche Form von Unmenschlichkeit, Unterdrückung und Gewaltherrschaft, auch gegen jede Form der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Wir wollen Gerechtigkeit nicht nur innerhalb unserer Generation, sondern auch weltweit gegenüber nachfolgenden Generationen üben. Wir verpflichten uns deshalb in allen Bereichen der Politik, das auf dem Gipfel der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro von 1992 für Umwelt und Entwicklung formulierte Prinzip der "nachhaltigen Entwicklung" durchzusetzen und zu fördern. Nachhaltigkeit bedeutet, den Bedürfnissen der heute Lebenden gerecht zu werden, ohne die Entwicklungschancen künftiger Generationen zu gefährden (Gro Harlem Brundlandt in „Our Common Future“ 1987). Wir verstehen auch die von der UN-Vollversammlung im November 2015 vereinbarte Nachhaltigkeitsagenda 2030 (SDG - Sustainable Development Goals) als Maßstab für die Politik der SPD. Dazu gehört die Bekämpfung des Klimawandels durch eine Energiewende hin zur Nutzung regenerativer Energien und zum Abbau der Nutzung fossiler Energieträger (Dekarbonisierung).

Die Beurteilung der Welt so wie sie ist, kann nur gelingen mit einer Vorstellung von der Welt, wie sie sein sollte. Deshalb ist die SPD ihrem Selbstverständnis nach eine Werte- und Programmpartei.

Konservative und Wirtschaftsliberale wollen am liebsten alles so belassen wie es ist: Die Mächtigen sollen mächtig bleiben und noch mächtiger werden; die Reichen sollen reich bleiben und noch reicher werden; die Privilegierten sollen privilegiert bleiben und noch privilegierter werden. Oben soll oben bleiben, unten soll unten bleiben. Genau die

Zementierung solcher Zustände wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verändern und überwinden.

Geschlechtergerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit

Wesentliche Basis einer freien, demokratischen und modernen Gesellschaft ist die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen und ihre Gleichstellung mit den Männern. Weltweit zeigt sich, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein zentrales – oftmals sogar **das** zentrale – Kriterium von Demokratie und Menschenrechten ist: Durch die Fortschritte, welche sie erbringt, aber auch durch die Vehemenz und Brutalität, mit der sie vielerorts bekämpft wird.

In Deutschland hat die Sozialdemokratie als erste Partei überhaupt Rechte für Frauen erstritten: Wahlrecht, Mitbestimmung und Selbstbestimmung, Mädchenbildung, Zugang zu „Männerberufen“, Lohngleichheit, reproduktive Rechte und Schutz vor Gewalt. Diese Erfolge – und was auf dem Weg zur vollen Gleichstellung noch zu tun bleibt – stellt die SPD in letzter Zeit viel zu wenig heraus! Was aber für selbstverständlich genommen wird, kann rasch wieder verloren gehen.

Wenn wir wieder bestimmende gesellschaftliche Kraft werden wollen, brauchen wir eine Erzählung von sozialdemokratischem Fortschritt, an der die Frauen von Anfang an gleichberechtigt mitschreiben können. In diesem Sinne müssen wir unsere Parteistrukturen kritisch betrachten und gründlich reformieren; Frauen in Ämtern und Mandaten konsequent paritätisch beteiligen; ihre besonderen Lebenslagen berücksichtigen und einen Umgangston pflegen, der Mädchen und Frauen zu politischer Beteiligung motiviert.

Die SPD war immer dann stark, wenn sie von Frauen gewählt und mitgestaltet wurde. Gleichstellung ist für die Sozialdemokratie nicht nur Ziel und Inhalt von Politik; Gleichstellung muss immer auch gelebte Praxis sein.

Herausforderungen der Zukunft – Handlungsfelder der Sozialdemokratie

Ein nüchterner Blick auf das gesellschaftspolitische Bild der deutschen Gegenwart zeigt einen enormen Handlungsbedarf, um unserem Anspruch an soziale Gerechtigkeit und Sicherheit gerecht zu werden. Nahezu alle Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände und die Wissenschaft sind sich darüber im Klaren, dass auf den folgenden Großbaustellen massiv investiert werden muss, damit es in Deutschland auch künftig Wohlstand, sozialen Frieden sowie Vertrauen und Zustimmung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zum demokratischen Regierungssystem in Deutschland gibt:

- **Deutschland muss massiv in die Bildung investieren.** Nur 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler schaffen gegenwärtig einen höheren Bildungsabschluss als Vater oder Mutter. Der Schnitt anderer wichtiger Industrieländer liegt bei 37 Prozent. In Deutschland wird noch immer rigoroser als anderswo nach sozialer Herkunft aussortiert.¹ Zugleich gelingt es weniger als in anderen Ländern, geschlechterspezifische Stereotype bei der Wahl von schulischen und beruflichen Ausbildungsgängen zu überwinden. Bildungspolitisches Ziel der SPD ist es, dass Bildung von der Krippe bis zu Hochschule Schritt für Schritt beitragsfrei werden muss. Die Sicherung der schulischen Unterrichtsversorgung, die Reduzierung der Klassen- und Gruppengrößen, die Qualität des Unterrichts, die Förderung von Mädchen bezüglich naturwissenschaftlicher und MINT-Inhalte, die Inklusion von Kindern mit Handicaps, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind Ziele mit hoher Priorität. Notwendig sind erhebliche zusätzliche Bildungsausgaben in Kindertagesstätten, Allgemeinbildenden Schulen, Berufsausbildung, Hochschulen und Weiterbildung.
- **Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wiederhergestellt werden.** Sozialpolitik wird vor allem vor Ort geleistet. Fast zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden traditionell dort getätigt. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden entscheiden sich hier. Das gilt auch für große Teile des demografischen Wandels, des sozialen Wohnungsbaus oder die erfolgreiche Aufnahme von Flüchtlingen. Besonders die Daseinsvorsorge muss in den existentiellen Bereichen Energie, Wasser, Mobilität und Netze auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wieder in den Fokus aktiven staatlichen Handelns treten.
- **Altersarmut** ist unvereinbar mit sozialer Gerechtigkeit. In der Rentenpolitik sind Weichenstellungen unabdingbar, damit das **Rentenniveau** nicht weiter fällt, sondern künftig wieder ansteigt. Das Pflege- und Rentensystem benötigt erheblich mehr Finanzmittel, um der demografischen Entwicklung und dem Anspruch der Menschenwürde auch im Alter gerecht zu werden.
- Nach sozialdemokratischer Ansicht steht der Staat in der Pflicht, für Bezieher kleiner Einkommen und Familien mit Kindern für **bezahlbaren Wohnraum** in guter Qualität

¹ OECD Bildungsbericht 2012.

zu sorgen. 2013 waren nur noch 6,4 Prozent des Wohnungsbestandes in Deutschland Sozialwohnungen.²

- Entgeltgleichheit, also **gleicher Lohn für Frauen und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit**, und **die Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse** sowie die **Stärkung von Flächentarifverträgen** sind unabdingbar.

Wirtschaftsforschungsinstitute, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände oder Kommunale Fachverbände machen zu den künftigen Finanzbedarfen sehr unterschiedliche Angaben. Um eine zukunftsfähige Trendwende in den genannten Investitions- und Ausgabeschwerpunkten zu schaffen, dürfte ein zusätzlicher Mitteleinsatz von mindestens 150 Milliarden Euro jährlich notwendig sein.

Diesen Herausforderungen stehen eine starke Zunahme des privaten Vermögens sowie eine abnehmende Investitionsfähigkeit des Staates gegenüber:

- In Deutschland gibt es die größte Vermögensungleichheit der Eurozone. Die untere Hälfte der Haushalte in Deutschland verfügt nur noch über rund 1 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die oberen 10 Prozent besitzen dagegen fast 60 Prozent. 1970 lag dieser Wert noch bei 44 Prozent.³ Das reichste Prozent besitzt 25 Prozent des Gesamtvermögens. Dabei trägt die reichste Schicht und tragen viele der größten Unternehmen, durch Nutzung von Steuervergünstigungen, -schlupflöchern oder den Transfer von Vermögen ins steuerbefreite Ausland, weit unterdurchschnittlich zu den staatlichen Ausgaben und Lasten bei.
- Auch bei der Einkommensverteilung wachsen die Ungleichheiten. Im OECD-Vergleich ist die Einkommensverteilung in Deutschland noch relativ gleich. Allerdings sind die Top-Gehälter im vergangenen Jahrzehnt um bis zu 10 Prozent jährlich gestiegen, während die kleinen und mittleren Einkommen stagnieren oder gar Reallohnverluste erlitten.
- Das gesamte Volksvermögen ist seit 2007 um fast zwei Billionen Euro gewachsen. Das Nettovermögen der privaten Haushalte hat sich in den vergangenen 20 Jahren mit rund 15 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Das Nettovermögen des Staates ist

² Stellungnahme des Deutschen Mieterbundes zur Anhörung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 2013.

³ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

gleichzeitig um rund 800 Millionen Euro gesunken – ein Ergebnis der Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte.⁴ Bund, Länder und Gemeinden sind mit rund 2 Billionen Euro verschuldet. Die gesamten staatlichen Investitionen sind gemessen an der Wirtschaftsleistung viel zu niedrig und sinken weiter. Der Anteil der öffentlichen Investitionen liegt weit unter dem EU-Durchschnitt.⁵

- Insgesamt: Die Staatsquote, also das Verhältnis der Ausgaben des Staates zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gesunken. Sie ist von 54,6 Prozent in 1995 über 46,1 Prozent in 2005 auf 43,9 Prozent im Jahre 2014 gefallen.⁶ Die Staatsschuldenquote, also das Verhältnis der Gesamtverschuldung des Staates zum Bruttoinlandsprodukt, ist in diesem Zeitraum von 56 Prozent in 1995 auf 69 Prozent in 2005 gestiegen, hat 2010 den Höchststand von 82 Prozent erreicht und ist seitdem auf 75 Prozent in 2014 stark abgefallen.⁷

Diese Schlaglichter zeigen deutlich: Das wirtschaftlich starke Deutschland entwickelt sich in die falsche Richtung. Auch wenn die aktuellen Steuermehreinnahmen und günstigen Steuerschätzungen für die nächsten Jahre das Bild etwas aufhellen, beschreibt die Formel vom privaten Reichtum und der öffentlichen Armut mindestens für einen Teil der Realität in Deutschland sehr zutreffend.

Es gilt, das Versprechen des deutschen Grundgesetzes zu erneuern und einzulösen: Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich der Allgemeinheit dienen.

Das neoliberale Denken überwinden – Neue Antworten finden

Während die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen weiter zunimmt, verliert der Staat die Fähigkeit, entscheidende Bereiche der sozialen Zukunftssicherung sowie der staatlichen Infrastruktur vorsorgend und ausreichend zu finanzieren. Das ist kein Zufall. Denn die Globalisierung, der neue Finanzkapitalismus und eine Wirtschaftspolitik nach den Lehrsätzen des Neoliberalismus sind Beschleuniger für die soziale Spaltung unserer Gesellschaften in oben und unten, für die Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit und auch für die brisante Zunahme ökologischer Risiken.

⁴ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

⁵ Handelsblatt vom 23. Mai 2013.

⁶ Angabe Bundesfinanzministerium.

⁷ Angabe Internationaler Währungsfonds.

Die **Globalisierung** hat nach dem Zusammenbruch der Ost-West-Blockkonfrontation vor 25 Jahren zu einer Aufhebung der Grenzen und einer Deregulierung der internationalen Märkte für Warenhandel und Dienstleistungen sowie Investitionen, Arbeitskräfte und Geldgeschäfte geführt. Die Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte und Finanzplätze ist heute weltweit. Die Regierungen konkurrieren mit niedrigen Steuern, hohen staatlichen Subventionen, niedrigen Arbeitslöhnen, der Schwächung von Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechten sowie geringen Umweltauflagen um die Ansiedlung von Unternehmen und Kapital.

Deshalb ist die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit auf nationaler Ebene mehr Gerechtigkeit auf internationaler Ebene. Umgekehrt gilt das genauso. Einem internationalisierten Kapital- und Warenverkehr müssen internationale Regeln entgegenstellt werden, um das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wiederherzustellen. Der globale **Finanzkapitalismus** ist weitgehend unabhängig vom realen Wirtschaftsgeschehen und bewegt gigantische Geldmengen zu Spekulationszwecken in Sekundenschnelle mittels der digitalen Kommunikation rund um den Globus. Häufig geht es nur darum, ohne realwirtschaftliche Grundlage aus riesigem Geldmengen noch mehr Geld zu machen. Die oft horrenden Gewinne suchen schon im nächsten Moment nach neuen Anlagemöglichkeiten mit noch höheren Renditen. Dies ist die Welt der Kredite, Fonds und Anleihen, der Derivate und Optionen, der Optionen auf Optionen, der Swaps und vieler anderer so genannter Finanzmarktprodukte, die selbst von denen, die damit handeln, kaum noch verstanden werden. Die Entwicklungen sind kein Naturereignis. Sie sind von Menschen gemacht und können im Sinne der Menschen reguliert werden - dafür setzen wir uns ein.

Die ideologische Klammer, die diese extreme Form der Weltökonomie zu legitimieren versucht, ist der sogenannte **Neoliberalismus**. Diese Denkrichtung ist in den USA entstanden, wurde durch die Politik des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margret Thatcher propagiert und kann seit dem Zusammenbruch des Kommunismus vor 25 Jahren als die heute herrschende Lehre der Ökonomie betrachtet werden.

Das Credo der Neoliberalen ist einfach und radikal: Der Markt kann alles besser und billiger und alles Heil kommt vom Wirtschaftswachstum. Staatliche Eingriffe – durch Steuern oder Sozialpolitik – werden dadurch als schädlich diskreditiert. Diese verdrehte Sichtweise hat auch im täglichen Sprachgebrauch Spuren hinterlassen: Der Staat greife seinen wehrlosen Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche und wer sich so verhalte, sei ein Dieb. Von hier bis zur Rechtfertigung von Steuerhinterziehung ist es nicht weit.

Neoliberale behaupten zudem, dass der Markt allein Gerechtigkeit schaffe. Denn ohne hohe Gewinne und Kapitalbildung gäbe es keine Investitionen und damit auch kein Wirtschaftswachstum. Da aber die Bezieher kleiner Einkommen ohnehin kaum Kapital bilden, weil sie den größten Teil ihrer Einkommen gleich wieder für ihren Lebensunterhalt ausgeben, komme es darauf an, dass wenigstens die Reichen etwas auf die Seite legen, womit andere dann Firmen gründen, Fabriken bauen, Forschung betreiben und Innovationen voranbringen können. Die neoliberale Gerechtigkeit besagt im Kern: Die Armen dürfen nicht reicher werden, ehe die Reichen noch reicher geworden sind. Denn wenn es den Unternehmen gut gehe, verbessere sich die Lage für alle.

Vergegenwärtigt man sich, dass beispielsweise bei einer Ertragsrate von fünf Prozent der Wert des Kapitals alle 14 Jahre verdoppelt wird, während das Bruttosozialprodukt oder die Löhne und Gehälter bei einer jährlichen Steigerungsrate von zwei Prozent 35 Jahre brauchen um sich zu verdoppeln, wird schnell klar mit welcher Dynamik die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen vor sich geht.

Wo das neoliberale Denken Fuß gefasst hat, ist dieses zum Standardrepertoire der Wirtschaftspolitik geworden: die Deregulierung der Märkte von staatlichen Eingriffen, die Privatisierung von Staatsbesitz, Steuersenkungen, die Schaffung von Niedriglohnsektoren, längere Arbeitszeiten, rückläufige Reallöhne, Rentenkürzungen, die Reduzierung staatlicher Daseinsfürsorge in ganzer Breite. Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz werden entweder wegen ihrer Kostenbelastung zur Nebensache erklärt oder die Kosten der Unternehmen werden externalisiert, das heißt der Öffentlichkeit aufgebürdet. Je schwächer ein Staat und seine Wirtschaft sind, desto einfacher ist es für Institutionen (wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder Privaten) einem Land eine solche Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. So entstehen in der Dritten Welt die so genannten verlängerten Werkbänke bis hin zu den „Sweatshops“, brachiale Sklavenbetriebe, die jedem sozialen Anspruch spotten.

Kein Zweifel: Neoliberale Wirtschaftspolitik ist unvereinbar mit sozialdemokratischen Grundwerten.

Mit dem Ausbruch der dramatischen Banken- und Finanzmarktkrise im Jahre 2008 schien es zunächst so, als sei das neoliberale Wirtschaftsmodell am Ende. Der damalige Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sagte auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin:

„Dieses Jahr 2008 wird als Einschnitt in die Geschichtsbücher eingehen. Jeder spürt es: Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Wir erleben einen Umbruch; für uns in Deutschland ist es der wichtigste Einschnitt seit dem Fall der Mauer. Die Herrschaft einer marktradikalen Ideologie, begonnen mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan, ist mit einem lauten Knall zu Ende gegangen.“

Diese Einschätzung hat sich nicht bestätigt. Es ist seitdem nicht gelungen, der Globalisierung und den Finanzmärkten durch wirksame Regeln Grenzen zu setzen. Im Gegenteil: Wie das Vorgehen der Troika der Eurogroup aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission gegenüber Griechenland zeigt, ist der Glaube an die Wirksamkeit des neoliberalen Konzepts ungebrochen. Hier wird die Lösung der verschleppten Bankenkrise und der Überschuldung des griechischen Staates zum Anlass genommen, dem Land ein radikales neoliberales „Reformprogramm“ aufzuzwingen, um die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern. Diese Strategie wirkt für Europa verheerend, weil dieser aggressive Wettbewerb eher trennt als dass er vereint. Die Folgen für Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie die Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten sind fatal: Das Wirtschaftswachstum ist heute niedriger, die Arbeitslosigkeit mit rund 25 Prozent höher als vor der sogenannten „Rettung“. Die Renten sind dramatisch gesunken und das Gesundheitswesen wurde nahezu zerstört, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 60 Prozent.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist längst zu einer Gefahr für den sozialen und politischen Zusammenhalt der Europäischen Union geworden.

Aber auch im reichen Deutschland – mit einem relativ hohen Anteil industrieller Produktion, einer robusten mittelständischen Wirtschaft und einer starken Gewerkschaftsbewegung sowie vergleichsweise moderater Staatsverschuldung – haben die vergangenen zwei Jahrzehnte der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutliche Spuren hinterlassen.

Bereits in den 1970/80er Jahren hat sich die Anhänger- und Wählerschaft der SPD in Gewinner und Verlierer gespalten. Für die einen ging es infolge der damaligen Bildungsexpansion wirtschaftlich und gesellschaftlich nach oben. Für die anderen ging es aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels mit dem Abbau industrieller Arbeitsplätze nach unten. Diese Spaltung der traditionellen Wählerschaft der SPD hält bis heute an und

verfestigt sich weiter durch die zunehmende „Prekarisierung“ am unteren Rand der Gesellschaft.

Die Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2003 („Agenda 2010“) waren und sind in der SPD hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Folgen umstritten. Mehr als fünf Millionen Arbeitslose gab es vor einem Jahrzehnt in Deutschland. Heute sind zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos und die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste in Europa. Dass die Sozialreformen einen wesentlichen Anteil an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatten, ist unbestreitbar. Hinzu kamen gesellschaftspolitisch wichtige Akzente wie die Erhöhung der Bildungsausgaben und Investitionen zur Förderung von Ganztagschulen, um Schüler und Schülerinnen länger und besser zu betreuen.

Deutschland ist letztlich besser durch die weltweite Finanzkrise der Jahre 2008/2009 durchgekommen als viele andere Länder Europas. Die umfangreichen Zugeständnisse der Beschäftigten, die Ausweitung der Kurzarbeit und die damit verhinderten Entlassungen, das massive Entgegenkommen der Betriebsräte in Betriebsvereinbarungen und der Gewerkschaften in Tarifverträgen sowie die Qualifizierungsoffensive und die Investitionsprogramme haben letztlich in der Summe die Beschäftigung und die Ausbildung stabil halten können. Deutschland hat auch deshalb heute die zweithöchste Beschäftigungsquote in Europa und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als je zuvor.

Dennoch: Die rot-grünen Sozialreformen hatten und haben einen fundamentalen Vertrauensverlust der SPD in ihrer angestammten Wählerschaft zur Folge. Mit dem Arbeitslosengeld II wurden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zwanzig, dreißig Jahre lang gearbeitet haben, mit denen gleichgestellt, die noch nie erwerbstätig waren. Vor allem ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten fürchten, trotz jahrzehntelanger Beschäftigung am Ende ihres Arbeitslebens in der Sozialhilfe zu landen. Dies ist von vielen Menschen als eine Entwertung ihrer Lebens- und Arbeitsleistung aufgefasst worden. Das Ausmaß der Ängste und der Empörung gerade in der gewerkschaftsnahen Facharbeiterschaft, welche die SPD als „ihre Partei“ betrachtet hat, ist von der damaligen Parteiführung krass unterschätzt worden. Hinzu kam der Missbrauch von Beschäftigungsanreizen, die als Brücke in reguläre Arbeit gedacht waren und im Ergebnis zu einer dauerhaften Ausdehnung des Niedriglohnssektors mit massenhaft prekären Arbeitsverhältnissen geführt haben.

Auf diese Weise wurden erhebliche Abstiegsängste bis weit hinein in die Mittelschicht getragen. Die Wählerschaft der SPD erwartet von „ihrer Partei“ seit jeher, dass sie sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit organisiert. Große Teile der Arbeitnehmerschaft empfinden die Politik „ihrer Partei“ als gegen ihre Interessen gerichtet und haben der SPD den Rücken gekehrt.

Auch die Glaubwürdigkeit des historischen Aufstiegsversprechens der Sozialdemokratie wurde damals in Zweifel gezogen. Während der Neoliberalismus ein Reichtumsversprechen für die reichen Kapitalbesitzer darstellt, ist das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen die Zusage, dass jeder und jede alles werden kann – unabhängig von der sozialen Herkunft – weil für alle dieselben Ausgangsbedingungen geschaffen werden. Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sollen gewährleisten, dass die nächste Generation die heutige Ungleichheit bei den Einkommen und Lebensverhältnissen durch eigene Anstrengungen, Fleiß, Willen und Begabung individuell überwinden kann. Individueller Erfolg und sozialer Aufstieg wurden so maßgeblich abhängig von den selbst erbrachten Leistungen betrachtet.

Das ist nicht falsch, aber nur die eine Seite der Medaille. Denn eingelöst werden kann das Aufstiegsversprechen nur in einer solidarischen Gesellschaft, die auch reale Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet, ein hochwertiges, für alle Bevölkerungsschichten offenes und durchlässiges Bildungssystem zur Verfügung stellt und über einen Sozialstaat verfügt, der die existenziellen Lebensrisiken absichert. Die rot-grüne Reformpolitik hat jedoch die Maxime sozialdemokratischer Politik umgekehrt: Der Leistungsgedanke hat die Solidarität verdrängt. Erst die eigene Anstrengung, nur dann kommt die Solidarität der Gesellschaft zu Hilfe („fordern und fördern“). Beim Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie ging es aber um etwas anderes, nämlich um die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft oder des Geschlechts. Es ging immer um individuelle Leistung und soziale Sicherheit in einer Gesellschaft, in der Politik mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen intakten Sozialstaat gewährleistet.

Die rot-grüne Reformpolitik hat die Identität der SPD verwischt. Die Anpassung an den neoliberalen Mainstream hat der SPD nicht den Weg in die Mitte geöffnet, sondern ihre Wählerbasis und Mehrheitsfähigkeit in Deutschland massiv geschwächt.

Zwischen 1998 (20,2 Millionen Wähler bei der Bundestagswahl) und 2009 (10 Millionen Wähler) hat die SPD die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren. Das war das schlechteste Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl. Das zweitschlechteste folgte 2013 mit 11,2 Millionen Wählerinnen und Wählern. Die SPD ist nach wie vor entfremdet von großen Teilen

ihrer Wählerbasis. Viele der ehemaligen und heute sozial abgehängten SPD-Wähler gehen nicht mehr zu Wahl. In Deutschland besteht ein enger Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Wahlbeteiligung: Je geringer der Bildungsgrad und das Einkommen, je höher die Arbeitslosigkeit und je schlechter das Wohnungsumfeld desto geringer die Wahlbeteiligung. In den besser gestellten Wohngebieten ist die Wahlbeteiligung häufig erheblich höher als in den finanzschwachen Vierteln. Dort wo es den Menschen nicht gut geht, bleiben meist auch die Wahlurnen leer.

Die SPD muss ihre Glaubwürdigkeit in dem für sie historisch zentralen Politikfeld der Bekämpfung sozialer Ungleichheit zurückgewinnen. Von den Wählerinnen und Wählern, die bei der Bundestagswahl 2013 zu Hause geblieben sind, würden 50 Prozent SPD wählen, wenn sie zur Wahl gingen. Wie die SPD wieder Wahlen gewinnen kann, ist vor diesem Hintergrund ziemlich eindeutig: Nur wenn der Teil der Wählerschaft, der sich in den vergangenen Jahren von Politik und Wahlen verabschiedet hat, in der SPD wieder den Türöffner für eine Verbesserung ihrer sozialen Situation sieht, ist die SPD in der Lage wieder sozialdemokratisch-geführte Bundesregierungen zu bilden.

Die aktuelle Krise der SPD ist also im Kern mitnichten ein „Imageproblem“. Sie ist vielmehr die Folge eines langfristigen Glaubwürdigkeitsverlusts als Arbeitnehmerpartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Die sozialdemokratische Erfahrung der vergangenen fünfzehn Jahre ist, dass die SPD als eine an den Neoliberalismus angepasste Partei der Mitte keine Machtperspektive hat.

Die kritische Diskussion der Sozialreformen des Jahres 2003 fällt der SPD immer noch schwer. Denn eine solche Diskussion wird mit Personen verknüpft, die auch Historisches für die SPD geleistet haben. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit seiner Bundesregierung eine moderne Gesellschaftspolitik betrieben und mit dem Nein zum Irak-Krieg ein historisches Zeichen gesetzt, während Angela Merkel sich damals für den Kriegseintritt an der Seite von George Bush stark gemacht hat. Es geht in der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion nicht um Kritik an Einzelnen, sondern es geht darum, aus falschen Analysen und problematischen Entscheidungen der Vergangenheit die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Es geht um die Bestandsaufnahme einer Politik, der Bundesparteitage der SPD mit großer Mehrheit zugestimmt haben. Eine solche Bestandsaufnahme ist die Voraussetzung, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Innerparteiliche Solidarität bedeutet: ehrliche Analyse, faire Diskussion und respektvoller Umgang miteinander. Nur so gelingen neue Antworten und mehr Gemeinsamkeit bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben.

Die SPD als Alternative – Für eine strategische Gerechtigkeitspolitik

Die Sozialdemokratie muss als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität klar erkennbar sein. Sie muss sichtbare Alternative zur Union sein. Dazu gehört es, den Exzessen von Globalisierung, Kapitalismus und Neoliberalismus entschieden Grenzen zu setzen und eine Vision von einer sozial gerechten, solidarischen Gesellschaft zu entwickeln. Dazu gehören pragmatische Schritte auf dem Weg dahin.

Die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland sehen wir als Startschuss für eine neue strategische Gerechtigkeitspolitik:

- Wir wollen, dass in unserer Gesellschaft jede und jeder ihr bzw. sein persönliches Potential voll entfalten kann. Sozialer Aufstieg bedeutet vor allem, sich aus schlechteren Lebensumständen zu befreien.
- Wir sagen Menschen nicht, wie sie leben sollen, sondern helfen ihnen so zu leben, wie sie es wollen.
- Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit gut leben können, und dass staatliche Lohnsubventionen deshalb überflüssig werden. Wir wollen ausdrücklich nicht den Vollkasko-Versorgungsstaat, der Menschen in Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung hält und sie durch Bürokratie kontrolliert und entmündigt.
- Wir wollen die Entgeltgleichheit bei Männern und Frauen, also gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.
- Wir wollen Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen helfen, sich im Beruf und in der Gesellschaft zu behaupten. Deshalb treten wir zum Beispiel für gebührenfreie Kitas ein, die insbesondere auch den alleinerziehenden Eltern helfen, Beruf und Kinder besser miteinander zu vereinbaren.
- Wir wollen, dass Menschen möglichst keine Sozialleistungen brauchen. In existenziellen Lebenssituationen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit müssen sie jedoch durch gute, zuverlässige und ausreichende soziale Leistungen geschützt sein. Wir stehen also nicht im Wettbewerb mit der

Linkspartei um höhere Sozialleistungen, sondern wollen Sozialleistungen überflüssig machen und uns konsequent für einen vorsorgenden Sozialstaat einsetzen.

- Wir wollen ein Rentenniveau, das Menschen im Alter erlaubt gut zu leben.
- Wir wollen, dass die Bürger und Bürgerinnen und die Wirtschaft im Alltag auf eine intakte, moderne und gut ausgebaute staatliche Infrastruktur bauen können. Das beginnt bei zuverlässiger Kita- und Unterrichtsversorgung, geht weiter mit einer funktions- und leistungsfähigen Natur, intakten Verkehrswegen, guten und bezahlbaren Wohnungen, sicherer und günstiger Energie sowie Telekommunikation.
- Wir widersetzen uns jeder Art von Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen. Wir wollen Integration und Inklusion.
- Wir brauchen selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihren starken Gewerkschaften und Betriebsräten gute Arbeit und gute Löhne durchsetzen. Daher wollen wir die Rechte von Beschäftigten, Arbeitnehmervertreterinnen- und vertretern sowie ihre Gewerkschaften stärken und ausbauen.

Eine solche Politik schafft zugleich Arbeitsplätze, Einkommen und qualitatives Wachstum. Sie erfordert allerdings ein kluges und schlüssiges Konzept, um die Einnahmehasis des Staates seinen Aufgaben entsprechend zu verbessern und für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Angesichts wachsender Ungleichheit muss die Steuerpolitik die Verteilung von Einkommen und Vermögen korrigieren:

- Wir halten es für zumutbar, jene Spitzenverdiener und Besitzer großer Vermögen, die weit entfernt davon sind, sich über ihren Lebensunterhalt Sorgen machen zu müssen, stärker als bisher an einer gerechten Finanzierung wichtiger staatlicher Zukunftsaufgaben zu beteiligen. Das wird uns - so sicher wie das Amen in der Kirche - den Vorwurf eintragen, eine Neiddiskussion entfachen zu wollen. Wir aber halten mehr Gerechtigkeit und Solidarität bei der staatlichen Finanzierung für unabdingbar.
- Wir brauchen eine einheitliche Unternehmensbesteuerung in der EU und die weltweite Beseitigung von Steueroasen, um das internationale Steuerdumping zu beenden. Das ist notwendig, damit die nationalstaatlichen Steuer- und Sozialpolitiken nicht länger unterlaufen werden.

Letztlich geht es im Kampf um soziale Gerechtigkeit darum, die europäische Idee des demokratischen Rechtsstaats zu verteidigen und zu erneuern. Perspektivlosigkeit am unteren Rand unserer Gesellschaften, sinkende Wahlbeteiligungen und das europaweite Anwachsen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind eine ernst zu nehmende Gefahr für die europäischen Demokratien. Die großen und höchst ungerechten Verwerfungen sind u. a. durch das gegenseitige Auspielen der Schwachen gegen vermeintlich noch Schwächere befördert worden. Eben dies wollen wir nicht hinnehmen oder gar befördern. Wir wollen Perspektiven für alle Menschen schaffen und letztlich die schädliche Unterbietungsspirale durchbrechen.

In der Demokratie brauchen wir Mehrheiten für unsere Politik, das heißt eine umfassende Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Sozialstaatspolitik, die auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz der Schwächeren zielt, braucht die Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass mit dem sozialen Aufstieg der Menschen ihre Unterstützung für den Sozialstaat häufig abnimmt. Die Befürchtung ist hier, mehr einzuzahlen als man selbst aus dem System heraus bekommt. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die Zustimmung für eine wirksame Sozialstaatspolitik unter folgenden Bedingungen wächst:

- wenn es bei der Verteilung der Lasten tatsächlich gerecht zugeht, die wirklich starken Schultern also mehr tragen als die schwächeren,
- wenn die sozialen Sicherungssysteme und Dienstleistungen tatsächlich effizient und von guter Qualität sind und
- wenn sich die Menschen in sozialen Notlagen gut gesichert fühlen.

Das bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger werden einer Sozialstaatspolitik nur dann mehrheitlich zustimmen, wenn sie einen glaubhaften und wirksamen Versicherungs- und Risikoschutz für die existentiellen Risiken des Lebens bietet, von denen auch sie selbst betroffen sein könnten. Dann aber darf von ihnen nicht verlangt werden, im Falle eigener Arbeitslosigkeit oder Krankheit, erst das eigene Vermögen aufzulösen oder sich diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen zu unterziehen.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind überzeugt: Man darf die Dinge nicht so hinnehmen wie sie sind. Man kann sie verändern. Eine linke Volkspartei muss sie verändern. Wir wollen nicht wie die Konservativen alles so belassen wie es ist. Wir wollen Ungleichheit

und Ungerechtigkeit bekämpfen. „Es ist wichtiger im Kleinen zu tun, als im Großen darüber zu reden.“ (Willy Brandt). Mehr Gerechtigkeit wagen. Dafür lassen sich neues Vertrauen und neue Mehrheiten gewinnen. Die Zeit ist reif!

2. VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Unser ökonomisches Modell – Eigentum verpflichtet!

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet, dass nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch Chancen und Risiken gesellschaftlich gerecht verteilt sein müssen. Nicht gemeint ist Gleichmacherei – im Gegenteil! Nur vor dem Hintergrund gerechter Verteilung ergibt sich Raum für die Entfaltung individueller Fähigkeiten und Potenziale. Folglich dürfen natürliche Ungleichheit und soziale Herkunft niemals zum sozialen Schicksal werden. Der Markt allein leistet keine gerechte Verteilung von Ressourcen, Chancen und Risiken. Dazu bedarf es einer zielgerichteten Verteilungspolitik und eines aktiven und starken Staates.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der weder die soziale und kulturelle Herkunft noch das Geschlecht über den weiteren Lebensweg entscheiden. Wir wollen vielmehr durch Chancengleichheit jedem Menschen die Möglichkeit geben, sein persönliches Potential zu entfalten.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Leistung belohnt wird und in der Menschen das eigene Schicksal fest in der Hand haben. Um dies zu ermöglichen, muss der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Wichtigste Voraussetzung ist eine gerechte Einkommens-, Risiko- und Vermögensverteilung. Sie muss so gestaltet sein, dass sie Wohlstand für alle Menschen ermöglicht und damit das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft verwirklicht. Dies bedeutet eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen und Vermögen sowie eine stärkere Belastung hoher Einkommen und vor allem der Vermögen.

Einkommen und Vermögen in Deutschland

Betrachtet man zunächst die **Entwicklung der Einkommen in Deutschland**, zeigt sich bezogen auf die letzten Jahre ein deutlicher Anstieg der Ungleichheit. Erklärbar ist dies insbesondere durch die starke Zunahme hoher Einkommen, während niedrige und mittlere Einkommen im letzten Jahrzehnt stagnierten oder gar preisbereinigt gesunken sind. Gelingt

es künftig der Sozialdemokratie durch Maßnahmen wie den Mindestlohn und eine verbesserte Tarifbindung auch im niedrigen und mittleren Einkommensbereich höhere Lohnsteigerung durchzusetzen, könnte der Anstieg der Lohnungleichheit gestoppt werden. Weitere wichtige Voraussetzungen dafür sind aber auch die finanzielle Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sowie die stärkere Belastung hoher Einkommen.

Bei der Verteilung von **Vermögen** ergibt sich ein drastischeres Bild. **Innerhalb der Eurozone weist Deutschland die höchste Vermögensungleichheit auf.** Insgesamt verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über knapp 60 Prozent des Gesamtvermögens. Allein das reichste Prozent vereint rund ein Viertel des Gesamtvermögens auf sich. Während die unteren 60 Prozent der Bevölkerung gerade einmal über 3 Prozent des Gesamtvermögens verfügen.⁸ Seit 1992 hat sich der Gesamtbestand an privatem Vermögen von knapp 4,6 Billionen Euro auf rund 10 Billionen Euro verdoppelt.⁹ Damit ist das Vermögen fünfmal so hoch wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt eines Jahres. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist der Großteil dieses Vermögens ererbt. Während in den USA 76 Prozent der heutigen Millionäre ihr Vermögen selbst erwirtschaftet haben, sind es in Deutschland nur 41 Prozent.¹⁰

Als wichtiger Baustein für mehr Leistungsgerechtigkeit rückt deshalb die Erbschaftssteuer in den Blick. Wer heute erbt, erbt zweimal. Weil er zunächst mit den allerbesten Lebenschancen ausgestattet auf die Welt kommt und bestens gefördert aufwächst und weil er dann, wenn die Eltern versterben, ihr Vermögen übernimmt. Am Beispiel der Erbschaften wird auch deutlich, dass die heute existierende Ungleichheit nicht mit Leistung begründbar ist.

Erbe ist leistungsloses Einkommen, weil die Erbenden nichts zu ihrem Vermögenszuwachs beitragen. Im Jahr 2013 lag das Aufkommen der Erbschaftssteuer bei ca. 4,6 Milliarden Euro. Ein extrem geringer Betrag. So liegt beispielsweise die Tabaksteuer bei einem Aufkommen von rund 13,8 Milliarden Euro. Das Ungleichgewicht wird umso deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass 2013 Vermögen im Wert von 254 Milliarden Euro vererbt wurde.¹¹ Das bedeutet in Relation zum Aufkommen eine reale Steuerbelastung von 1,7 Prozent. Durch diese mangelnde Besteuerung von Erbe potenziert sich soziale Ungleichheit über Generationen hinweg. Dies bedeutet auchweil in den nächsten Jahren Billionen vererbt werden, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

⁸ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

⁹ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

¹⁰ Wealth-X „World Ultra Wealth Report 2013-2014.

¹¹ Statistisches Bundesamt.

Zu der gewachsenen Kluft bei der Vermögensverteilung haben auch die Steuersenkungen der letzten 20 Jahre beigetragen. Exemplarisch genannt seien hier die Einführung der Abgeltungssteuer, die Abschaffung der Vermögenssteuer, die Senkung der Erbschaftssteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Senkung der Körperschaftssteuer.

Diese steuerliche Privilegierung von Kapitaleinkommen unterläuft konsequent das zentrale Versprechen sozialer Marktwirtschaft. Während hohe Einkommen und Vermögen auf diesem Weg finanziell entlastet wurden, hat der Druck auf mittlere und niedrige Einkommen durch steigende Sozialversicherungsbeiträge, neue Verbrauchssteuern, Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Kosten der Energiewende, die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Steuerpflichtigkeit der Rentenversorgung zugenommen.

Mit der extremen Konzentration von Kapital in den Händen weniger Fonds und Unternehmen geht zugleich eine Konzentration von Macht einher, die bar jeder demokratischen Legitimation ist. Schon im Godesberger Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie von 1959 wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche Macht auch Staatsgewalt vereinnahmen kann. In der Tat ist der wirtschaftliche Einfluss auf die Entscheidungen von Politik zu einem gravierenden Problem hinsichtlich der Demokratie in Staat und Gesellschaft geworden.

Auf diese Weise wurde die natürliche Ungleichheitstendenz des Kapitalismus noch verstärkt. Diese Wirkung wurde in jüngster Zeit erneut durch die Studie „Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty nachgewiesen. **Weil die Rendite auf Kapital langfristig über dem Wirtschaftswachstum liegt, ist eine zunehmende Kluft zwischen Vermögenden und Arbeitenden zwangsläufig, wenn Politik nicht entschlossen gegensteuert.**

In einem engen Zusammenhang mit dem Wachstum privater Vermögen stehen die gestiegenen Unternehmensgewinne. Der addierte Jahresgewinn deutscher Unternehmen im Jahr 1991 betrug ca. 160 Milliarden Euro. Im Jahr 2013 hat sich der Wert mit ca. 490 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Kritisch ist zudem die Entwicklung der an den Gewinnen gemessenen Nettoinvestitionsquote. Diese sank von knapp 50 Prozent im Jahr 1991 auf 2,5 Prozent im Jahr 2013.¹² Damit wird der alte Satz von Helmut Schmidt ausgehebelt, der besagt: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.“ Wenn die Gewinne nicht reinvestiert, sondern für den Kauf von

¹² Daten: Statistischen Bundesamt; Berechnung: DGB.

Finanzprodukten ohne realwirtschaftlichen Wert genutzt werden, wird das Kapital dem Wirtschaftskreislauf dauerhaft entzogen. Neue Maschinen, Innovationen und Arbeitsplätze können auf diese Weise nicht finanziert werden. Die geringen Investitionen in Deutschland stellen ein ökonomisches Risiko dar, das aktuell nur durch die starke Exportorientierung abgefedert wird.

Während die privaten Vermögen gewachsen sind, ist die Staatsverschuldung gestiegen. Dies geht zum einen auf die größeren Aufwendungen für die Finanzierung der Altersversorgung sowie auf die hohen Kosten der deutschen Einheit und der Bankenrettung während der Finanzkrise zurück. Dies resultiert aber auch aus der Beschneidung der Einnahmehasis der öffentlichen Hand. Von 538 Milliarden Euro im Jahr 1990 hat sich die Verschuldung auf heute 2048 Milliarden Euro fast vervierfacht.¹³ Die Schuldenlast ist dadurch zu einer bedrohlichen Bremse für dringend notwendige Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur geworden.

Insgesamt zeigt diese Analyse, dass durch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte das meritokratische Prinzip – der enge Zusammenhang von Leistung und Ertrag – und damit die historische Basis der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt wurde. Großes Talent und Anstrengung führen im heutigen Deutschland nicht mehr automatisch zu (bescheidenem) Wohlstand. Stattdessen entscheiden vor allem die eigene Herkunft und das leistungslos ererbte Vermögen über das weitere Leben. Dies ist für die Sozialdemokratie kein tragbarer Zustand.

Wohlstand für alle verwirklichen – ein gerechtes Steuersystem schaffen

Die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit und die Chance auf Wohlstand für alle sind mit einem ambitionierten Reformpaket erreichbar. Für die Umsetzung werden Mehrheiten links der Mitte nötig sein.

Am Anfang der Überlegungen steht eine **Anhebung des Steuerfreibetrages** auf das Existenzminimum entsprechend des Existenzminimumberichts plus 25 Prozent, um insbesondere kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Zur Gegenfinanzierung erfolgt eine Anhebung des **Spitzensteuersatzes** für Einkommen ab 120.000 Euro auf 49 Prozent. Bei dieser Reform der Einkommenssteuer soll zudem der Mittelstandsbauch abgeschmolzen und die Rückkehr zu einer linearen Steuerprogression angestrebt werden. Zudem wird das **Ehegattensplitting** für neu geschlossene Ehen abgeschafft und in eine

¹³ Statistisches Bundesamt.

Individualbesteuerung mit einem Partnerschaftstarif für Verheiratete überführt. Bestehende Ehen haben selbstverständlich Bestandsschutz. Zudem müssen finanzielle Nachteile für Familien mit Kindern ausgeschlossen werden.

Das **Einkommen aus Kapitalerträgen** ist wieder mit dem individuellen Einkommenssteuersatz zu besteuern, um die Privilegierung gegenüber der Erwerbsarbeit rückgängig zu machen.

Zentrales Instrument zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit soll zukünftig die Erbschaftssteuer sein. Langfristig streben wir hier einen grundsätzlichen Systemwechsel an, der vorsieht, dass **Erbschaften und Schenkungen** dem Einkommen zugerechnet und ebenfalls mit dem individuellen Einkommenssteuersatz besteuert werden. Dabei wird ein einmaliger, lebenslanger Freibetrag von einer Million Euro pro Person gewährt, so dass kleinere und mittlere Erbschaften steuerfrei übertragen werden können.

Um eine unverhältnismäßige Belastung durch einen überraschenden Erbfall zu verhindern, besteht die Möglichkeit der Stundung gegen Beibringung von Sicherheitsleistungen (Nießbrauchsrecht bei Unternehmen, Grundbucheintragung bei Grundstücken und Schiffen). Erträge aus dem ererbten Vermögen müssen dann an den Staat abgeführt werden bis die Schuld getilgt ist. Hierbei sind zeitliche Vereinbarungen so zu treffen, dass die Investitionstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen erhalten bleibt und Verluste von Arbeitsplätzen vermieden werden. Ebenfalls sind Modelle möglich, in denen der Staat zum stillen Teilhaber wird und auf diesem Weg dauerhaft an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt wird.

Ferner treten wir dafür ein, wieder eine **Vermögenssteuer** mit einem Steuersatz von 1 Prozent einzuführen. Der geplante Freibetrag soll hier bei 2 Millionen Euro liegen. Um eine transparente Besteuerung von Vermögen zu ermöglichen, sind zentrale Bankregister und eine Intensivierung des internationalen Datenaustausches nötig.

Durch diese Mehreinnahmen wird der Staat finanziell in die Lage versetzt, die dringend notwendigen Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Soziales zu leisten. An der Konsolidierung der Staatsfinanzen halten wir fest, weil ein höherer Schuldendienst des Staates insbesondere der Rendite der Vermögenden nutzt. Dennoch ist klar, dass Investitionen Vorrang vor Tilgung haben. Damit dies auch für Länder und Kommunen gilt, deren Handlungsspielräume in den letzten Jahrzehnten massiv eingeschränkt wurden, bedarf es eines **Altschuldentilgungsfonds**. Aus demselben Grund bleibt es richtig, den

Solidaritätszuschlag sukzessive in die Einkommensteuer zu integrieren, damit auch die Länder von den Einnahmen profitieren. Ein beträchtlicher Teil der geplanten Mehreinnahmen muss den Kommunen zufließen, damit sie ihre zentralen Aufgaben im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrnehmen können. Aus demselben Grund sollen künftig auch Freiberufler in die Gewerbesteuer in Form einer **Kommunalsteuer** einbezogen werden, um so die Einnahmehasis der Kommunen zu stärken.

Neben diesem Reformpaket, bedarf es weiterer Maßnahmen zur Steigerung der **Steuerehrlichkeit**. Deshalb wollen wir die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerbetrug oberhalb einer Bagatellegrenze von 50.000 Euro abschaffen. Zusätzlich sind die Finanzämter und die Steuerfahndung personell besser auszustatten. Der Ankauf von Steuer-CDs wird fortgesetzt. Internationale Steueroasen sind in enger Koordination mit der restlichen Staatengemeinschaft auszutrocknen. Banken, denen in zehn Fällen illegale Steuervermeidungspraktiken nachgewiesen werden können, verlieren ihre Banklizenz. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorstoß aus Nordrhein-Westfalen bezüglich der Einführung eines **Unternehmensstrafrechts** zu begrüßen. Die Umsetzung wäre ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung einer gerechteren Wirtschaftsordnung.

Um der zunehmenden Spreizung von Einkommen zu begegnen, wird die steuerliche Absetzbarkeit der Gehälter über 500.000 Euro abgeschafft. Die **Körperschaftsteuer** für Unternehmen ist auf 20 Prozent anzuheben, um die hohen und kaum investierten Gewinne dem Wirtschaftsprozess zuzuführen. Gleichzeitig ist es unumgänglich, steuerliche Ausnahmetatbestände deutlich zu reduzieren.

Neben diesen Maßnahmen auf nationaler Ebene, werden auch international neue Anstrengungen nötig sein. Unternehmen und Kapital agieren heute global, so dass durchgreifende Regeln ebenfalls auf globaler Ebene umgesetzt werden müssen. Ein erster Zwischenschritt ist eine deutsche Initiative für ein europäisches **Mindeststeuerabkommen**, das Korridore für Steuern und verbindliche Bemessungsgrundlagen vorschreibt, um der Steuervermeidung innerhalb der EU entgegenzutreten. Seit Jahren steht die Umsetzung einer europaweiten **Finanztransaktionssteuer** mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz aus. Dieses Projekt, das eine wichtige Konsequenz aus der Weltfinanzkrise darstellt, muss endlich umgesetzt werden.

3. GUTE ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT

Arbeit, Sicherheit und die soziale Demokratie

Der Wert der Arbeit ist zentral für die Würde des Menschen. Arbeit ist weit mehr als Geld verdienen. Sie ist der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Arbeit verdient deshalb Respekt und Anerkennung, was sich auch im Lohn niederschlagen muss. Dabei ist nicht jede Arbeit gute Arbeit – wir haben bewährte Standards, an denen wir ihre Qualität messen müssen.

Gute Arbeit wird gerecht entlohnt, ermöglicht volle Teilhabe am sozialen Sicherungssystem, bietet Anerkennung, macht nicht krank, nutzt die erworbenen Qualifikationen und garantiert demokratische Teilhabe sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Markt allein stellt diese Qualität von Arbeit nicht ausreichend zur Verfügung. Deshalb muss Politik regelnd eingreifen. Die politische Verantwortung endet nicht bei der Formulierung dieser Regeln. Der Mindestlohn oder das Tariftreuegesetz in Schleswig-Holstein müssen auch kontrolliert und konsequent durchgesetzt werden. **Überall wo der Staat als Arbeitgeber auftritt, muss er Vorbild sein.** Das gilt in den Bereichen Befristung, Leiharbeit, Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit gleichermaßen. Nur wenn die öffentliche Hand gute Arbeit bietet, kann sie dies auch glaubwürdig von privaten Unternehmen einfordern.

Als Sozialdemokratie sehen wir Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches und nicht als individuelles Problem. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss deshalb eine Kultur der zweiten und dritten Chancen etablieren. Arbeitslosigkeit grenzt aus und macht krank. **Deshalb bleibt unser zentrales arbeitsmarktpolitisches Ziel die Vollbeschäftigung.**

Vollbeschäftigung bedeutet heute nicht mehr, dass ein Arbeitnehmer ein Leben lang in derselben Firma arbeitet. Vollbeschäftigung bedeutet, dass jeder Mensch immer wieder neue Chancen auf gute Arbeit und die dafür nötige Qualifikation erhält. Es bedeutet, dass wir niemanden abschreiben, sondern immer wieder neue Perspektiven aufzeigen. Voraussetzung ist ein starker und auch vorsorgender Sozialstaat sowie eine grundlegende Anpassung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung.

Der Sozialstaat ist die größte zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts und wurde maßgeblich von der Sozialdemokratie erkämpft. Er muss die Entfaltung und Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft in den Blick nehmen und gleichzeitig ein Leben in Würde ermöglichen. **Der Sozialstaat ist die organisierte Solidarität zwischen**

den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, den Menschen mit und ohne Behinderung. Als Mittler stellt der Sozialstaat die Wahrung von Gerechtigkeit sicher. Dabei schafft er gesellschaftliche Teilhabe und Integration aller Menschen. Gleichzeitig ermöglicht er ein Leben, das frei von existenziellen Ängsten ist. An diesen zentralen Aufgaben muss sich der moderne Sozialstaat immer wieder messen lassen. Eine aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, dass unser sozialstaatliches System dem nicht mehr im vollen Umfang gerecht wird. Dieser Tatsache muss sich die Sozialdemokratie stellen.

Arbeit und soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

Unser System der sozialen Sicherung ist zunehmenden Belastungen ausgesetzt. Der demografische Wandel stellt eine enorme Herausforderung dar. Gleichzeitig gilt es die Arbeitswelt der Zukunft zu gestalten. Die rot-grüne Reformpolitik des letzten Jahrzehnts hat die Finanzierbarkeit des Systems vorübergehend sichergestellt, bedeutet aber nach wie vor eine große Belastung für die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie. Zudem hat die Reform zentrale Problemstellungen ausgeklammert.

Unser System der Sozialversicherung hat eine wenig bekannte negative Umverteilungswirkung, die soziale Ungleichheit verschärft. Durch die Beitragsbemessungsgrenze und die Befreiung von der Versicherungspflicht führt das System zu einer überproportionalen Belastung mittlerer Einkommen. Auch in anderer Hinsicht kann Gerechtigkeit nicht mehr vollumfänglich garantiert werden: Es gibt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihr Leben lang einzahlen und deren Rentenanspruch dennoch unter der Grundsicherung im Alter liegt. Grund hierfür ist insbesondere die Beschneidung der gesetzlichen Rente zu Gunsten von privaten Ergänzungen wie Riester und Rürup. Diese gehen am Bedarf vorbei. Denn: Diejenigen, die darauf angewiesen wären, können sie nicht bezahlen und diejenigen, die sie zahlen könnten, sind darauf nicht angewiesen. Um diese Missverhältnis zu beenden, muss die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden.

Die Sozialversicherungen leiden zunehmend darunter, dass die großen Gruppen der Beamten und Selbstständigen nicht Teil des Systems sind. Diese Zersplitterung der sozialen Sicherung belastet insbesondere die Bezieher mittlerer Einkommen. Neben der demografischen Entwicklung hat die stagnierende Lohnentwicklung Anfang des letzten Jahrzehnts zu großen Ausfällen und steigenden Beiträgen in der Sozialversicherung geführt. Die positive Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre vermag es aktuell, diese Tendenz zu kompensieren – dauerhafte Finanzierungssicherheit ist jedoch nicht garantiert.

Die seit Jahren sinkende Arbeitslosigkeit ist eine unmittelbare Folge sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Von einem Höchststand von 11 Prozent Ende 2005 erfolgte in den letzten Jahren ein stabiler Abbau auf unter 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Diese Halbierung ist ein großer Erfolg. Heute arbeiten in Deutschland mehr Menschen als je zuvor. Allerdings ist dieser Fortschritt nicht ohne Schattenseiten. Die prekäre Beschäftigung ist auf ein Rekordhoch gestiegen. Der Anteil der sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten ist in den letzten 20 Jahren von ca. 68 Prozent auf 52 Prozent gesunken.¹⁴ Die Tarifbindung hat massiv abgenommen. Das bedeutet zusätzlich zur stagnierenden Lohnentwicklung weitere Belastungen für die Sozialsysteme. Ein erster wichtiger Baustein zur Bekämpfung dieser Situation war der Mindestlohn. Durch ihn konnten seit dem 1. Januar 2015 über 500.000 Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wechseln. Jetzt gilt es den Mindestlohn nachzujustieren und an die Lebensbedingungen in Deutschland anzupassen. Unser Ziel bleibt ein Mindestlohn ohne Ausnahmen.

Stärker als bisher muss der Blick darauf gerichtet werden, dass viele Gruppen der Bevölkerung nach wie vor kaum von der stabilen Beschäftigungsentwicklung profitieren. Dazu gehören insbesondere Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte.

Frauen sind besonders stark von Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Und zwar beim Gehalt ebenso wie bei den Karrierechancen. Gründe sind die unterschiedliche Berufswahl von Frauen und Männern, die überwiegend von Frauen ausgeübten Minijobs und Teilzeitstellen und ein tradiertes Geschlechtermodell, welches für Frauen die Rolle als Zuverdienerin festlegt. So arbeitet fast die Hälfte der Frauen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit, zwei Drittel der Minijobber sind weiblich und jede dritte Frau in Schleswig-Holstein arbeitet für einen Niedriglohn.

Der Mindestlohn, die Quote für Aufsichtsräte und das Entgeltgleichheitsgesetz sind wichtige Weichenstellungen für eine geschlechtergerechte Arbeitswelt. Jedoch brauchen wir noch mehr: Das Recht auf befristete Teilzeit und Rückkehrrecht aus der Teilzeit muss im Teilzeit- und Befristungsgesetz implementiert werden und Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden.

Im Bereich der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** zeigt sich auch abseits der Kürzungen, die zurückgenommen werden müssen, erheblicher Verbesserungsbedarf. Nach wie vor gibt es

¹⁴ Beschäftigungsstatistik (2014), Bundesagentur für Arbeit.

zu wenige passgenaue Angebote, die auf die Weiterqualifikation von Menschen ohne Arbeit zielen. Der Anteil arbeitsloser Menschen in Maßnahmen ist auch aus diesem Grund stark gesunken. Eine weitere Erklärung ist, dass sich Menschen in dem System zu häufig verwaltet und zu wenig gefördert fühlen. Die Schere zwischen Höchst- und Hochqualifizierten sowie Geringqualifizierten öffnet sich zunehmend. Der wachsende Fachkräftemangel ist begleitet von einer fast gleichbleibenden Anzahl von Langzeitarbeitslosen. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutet die auf den ersten Blick positive Beschäftigungsentwicklung also kein Nachlassen in den Bemühungen, sondern weitere Anstrengung, um die aktuelle Verknappung auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen, um alle Menschen in Arbeit zu bringen.

Besonderer Anstrengungen bedarf es auch nach 26 Jahren deutscher Einheit, die Lebensbedingungen und die Lebensperspektiven in den neuen Bundesländern zu verbessern. Nach wie vor sind große Teile insbesondere des ländlichen Raumes von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung abgehängt. Noch immer verlassen Menschen diese Regionen, weil sie keine Perspektive sehen. Die Angleichung der Renten und der Sozialversicherung in Ost und West ist immer noch nicht erfolgt.

Die gerechte Gesellschaft gestalten – Klare Regeln schaffen

Wir wollen Veränderungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Der **ALG II Regelbedarf** für erwachsene Partner, die zusammenleben, soll dem Regelbedarf für alleinstehende Personen angeglichen werden. Damit wird verhindert, dass Paare zum Schein getrennt leben und dadurch zusätzlichen Wohnraum belegen. Zudem ist die Sanktionspraxis zu reformieren. Sanktionen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung sind zu streichen. Selbiges gilt für Sanktionen gegen Bedarfsgemeinschaften in denen Minderjährige leben. Es darf nicht sein, dass Menschen im Winter frieren müssen und Kinder für das Verhalten ihrer Eltern bestraft werden. Ebenso ist die gesetzliche festgelegte verschärfte Sanktionsregelung für Hilfeempfänger unter 25 Jahren der Sanktionsregelung für über 25 Jährige anzupassen. In unserem Verständnis eines Sozialstaats sollten Sanktionen nur als letztes Mittel eingesetzt werden.

In der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern ist auf sprachliche Klarheit zu achten. Häufig führen unverständliche Bescheide zu Missverständnissen und großen Sorgen auf Seiten der Leistungsempfänger.

Um unser System sozialer Sicherung zukunftsfest zu machen, wollen wir perspektivisch eine **erweiterte Bürgerversicherung** einführen, die alle Menschen in einem gemeinsamen

System sozialer Sicherung vereint. Dazu müssen alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dieser Prozess wird Jahrzehnte dauern, deshalb muss er heute begonnen werden. Zusätzlich zum Erwerbseinkommen soll künftig das Kapitaleinkommen bei der Beitragsbemessung berücksichtigt werden. Auch das ungerechte duale System der Krankenversicherung soll in ein starkes gemeinsames System überführt werden. Wir fordern die umgehende Einführung der Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.

Für zusätzliche Einnahmen in allen Versicherungsbereichen wollen wir eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Es muss eine verfassungskonforme Möglichkeit erarbeitet werden, die Beitragsbemessungsgrenze gänzlich abzuschaffen. Da das Ziel einer breiten Finanzierungsstruktur des Systems der sozialen Sicherung nur langfristig zu erreichen ist, wollen wir im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung gerade zur Entlastung der mittleren und kleineren Einkommen und Renten zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zurückkehren.

Zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und der Prävention vor Altersarmut soll die Altersvorsorge weiterhin vor allem in der gesetzlichen Rentenversicherung stattfinden. Deshalb soll die freiwillige Zahlung von zusätzlichen Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung ermöglicht und gefördert werden. Gleichzeitig sollen die Fördermittel, die für die privaten Riester- und Rürup-Renten verwendet werden, in die gesetzliche Rentenversicherung überführt und dort zur Förderung von freiwilligen zusätzlichen Altersvorsorgezahlungen von Bezieherinnen und Beziehern unterer und mittlerer Einkommen verwendet werden. Bereits bestehende Riester- und Rürup-Renten-Rechtsansprüche sind davon ausgenommen.

Um Altersarmut zu verhindern, sollen Menschen, die langjährig gearbeitet haben und denen trotzdem weniger als 850 Euro als Altersbezug zur Verfügung steht, eine Solidar-Rente erhalten, die die Grundsicherung deutlich aufstockt. Die Kosten hierfür sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Den Übergang zwischen Erwerbsleben und Rente wollen wir flexibel und nach den Wünschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten. Flexibler im sozialdemokratischen Sinne meint, dass **mehr Bewertungskriterien für eine gerechte Festlegung der Altersgrenzen für die abschlagsfreie Rente** einbezogen werden müssen. Dazu gehört eine stärkere Orientierung an den Beitragsjahren, eine Berücksichtigung der Berufsbiografie und der ausgeübten Berufe sowie die Einbeziehung der statistischen Lebenserwartung. Aktuell sorgt die Nichtberücksichtigung dieser Kriterien für eine Umverteilung von frühen Berufseinsteigern mit harter körperlicher Arbeit zu späten

Berufseinsteigern mit akademischer Ausbildung, besseren Löhnen und einer höheren statistischen Lebenserwartung.

An der vollzogenen Anhebung des Rentenalters auf 67 halten wir fest. Allerdings wird dieses ausgesetzt, bis die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 65 in Beschäftigung ist. Vorsorgeleistungen dürfen nicht in voller Höhe auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) angerechnet werden. Nötig sind angemessene Freibeträge, insbesondere für die Altersvorsorge. Dabei gilt es, die Anrechnungsregelungen des SGB XII grundsätzlich zu überprüfen. Zudem muss sichergestellt werden, dass das Sozialversicherungssystem ausschließlich die vorgesehenen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringt und vor zweckentfremdeten Zugriffen geschützt ist.

Die Sozialbeiträge sind die Steuern auf geringe Einkommen. Um Wohlstand für alle Teile der Bevölkerung zu ermöglichen, wollen wir eine **Senkung der Arbeitnehmerbeiträge** umsetzen, die durch Steuern gegenfinanziert wird. Dies entlastet spürbar kleinere Einkommen und schafft breite Massenkaukraft. Hierbei werden wir darauf achten, dass es zu keiner Subventionierung der Arbeitgeber kommt.

Durch den demografischen Wandel ist gute **Pflege** zu einer zentralen Aufgabe des Sozialstaats geworden. Ein gutes Leben im Alter ist zentrales Merkmal einer gerechten Gesellschaft.

Die Sicherstellung würdevoller Pflege für die immer größere Zahl pflegebedürftiger Menschen bei zugleich abnehmendem Familienpflegepotenzial stellt eine der großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft dar. Zur Bewältigung müssen Maßnahmen auf verschiedene Ebene ergriffen werden.

Die umfassende Stärkung beruflich Pflegenden ist hierfür ein unverzichtbarer Baustein. Beruflich Pflegenden muss es ermöglicht werden, ihren Beruf pflegfachlich umfassend ausführen zu können. Durch die Einführung einer Pflegeberufekammer in Schleswig-Holstein stärken wir die Position der Pflegenden beruflich, fachlich und politisch. Dieser wichtige Beruf muss durch eine bessere, vergleichbare und somit gerechte Entlohnung attraktiver gemacht werden. Zudem sind flexible Einstiege nötig. Deshalb wollen wir eine generalistische Pflegeassistentenausbildung einführen, die als erste Qualifizierungsstufe dient und die Durchlässigkeit in der beruflichen Qualifikation sicherstellt.

In Verbindung mit der Reform der dreijährigen Ausbildung hin zu gemeinsamen Lerninhalten aller Pflegefachberufe sowie einer Umlagefinanzierung muss die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze einerseits und die Zahl der an einer Pflegeausbildung Interessierten

andererseits erhöht werden. Zudem stärken wir den in Schleswig- Holstein neu eingeführten pflegewissenschaftlichen Studiengang und entwickeln diesen weiter.

Auf Grundlage des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sind die Anhaltszahlen für die Pflegepersonalschlüssel im Landesrahmenvertrag anzupassen. Ein bundeseinheitlicher Rahmen für die Stellenschlüssel soll bis zur Festlegung eines Personalbemessungsinstruments angestrebt werden. Um noch bessere Sicherheit und Qualität in den Krankenhäusern zu gewährleisten, setzen wir uns auch hier für einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel ein. Diese Maßnahmen sollen mit Beteiligung von Pflegefachexperten erarbeitet werden.

Die Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten wollen wir gleichermaßen voranbringen. Dafür sind Qualität, Erreichbarkeit und Vollständigkeit wichtige Messpunkte. Der ambulanten Versorgung kommt dabei eine vorrangige Bedeutung zu. Moderne Behandlungsformen wie Telemedizin sollten dabei als Unterstützung weiterentwickelt werden. Die elektronische Patientenakte soll dabei in der Hand des Patienten und der Patientin bleiben.

Es braucht daneben weitere Reformen, bei denen über die Systemgrenzen einzelner Sozialgesetzbücher hinaus integrierte und teilhabeorientierte Versorgungskonzepte für pflegebedürftige Menschen entwickelt und neue Pflege-Hilfe-Mixe gefördert werden. Dabei ist zu beachten, dass Pflege stets vor Ort in der Kommune und Gemeinde stattfindet. Die Situation dort ist und bleibt höchst unterschiedlich. Die Kompetenzen und Aufgaben der Kommunen im Zusammenhang mit der Organisation und Sicherstellung einer würdevollen Pflege vor Ort müssen erweitert und wahrgenommen werden.

Um die Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Diese greift nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit, sondern sichert die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer präventiv durch Weiterbildung und Qualifizierung gegen Erwerbsrisiken in einer sich wandelnden Arbeitswelt ab. Die Arbeitsversicherung umfasst ein Recht auf Weiterbildung und Weiterbildungsberatung sowie ein Recht auf Freistellung für Qualifizierung, das mit einem Rückkehrrecht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz verbunden ist. **Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, brauchen wir ein System, das immer wieder neue Chancen eröffnet und Phasen der Erwerbslosigkeit als Möglichkeit zur Weiterqualifikation versteht.**

Die **sozialen Sicherungssysteme** müssen sich flexibler an die veränderten Erwerbsbiographien anpassen und Lebensarbeitszeitverteilung ermöglichen. Insbesondere

in der Phase großer beruflicher Belastung zwischen 25 und 45 Jahren müssen häufig zusätzlich Kinder und Eltern versorgt werden. Eine Arbeitsversicherung schafft Spielräume, um flexibel zwischen Teil- und Vollzeit wechseln zu können, so dass sich die Arbeit dem Leben anpasst und nicht umgekehrt. Arbeitszeitkonten können zudem konjunkturelle Schwankungen ausgleichen und garantieren eine stabile Beschäftigung. Langfristig halten wir am Ziel einer generellen **Absenkung der Arbeitszeit** fest.

Nichtsdestotrotz bleibt die **Schutzfunktion der Arbeitsversicherung** zentral. In Fällen von Arbeitslosigkeit werden wir eine Verlängerung der Rahmenfrist umsetzen, damit mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das ALG I offen steht und sie nicht sofort – trotz gezahlter Beiträge – in die Grundsicherung abrutschen. Bereits nach einer sechsmonatigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung soll künftig ein dreimonatiger ALG-I-Anspruch bestehen. Die Arbeitslosenversicherung bietet den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu wenig Sicherheit, da die Zeit der Einzahlung nicht berücksichtigt wird. Wer zwanzig, dreißig oder mehr Jahre lang eingezahlt hat, sollte auch eine höhere Sicherheit gegen den sozialen Abstieg erreichen und ein erreichtes Arbeitslosengeld gemäß SGB III als Mindestarbeitslosengeld nicht nur für 2 Jahre festgeschrieben bekommen. Die zeitliche Sicherung des erreichten Arbeitslosengeldes sollte in Abhängigkeit zur Einzahlungszeit stehen.

Durch unterschiedliche Finanzierungsebenen wurde eine Zwei-Klassen-Arbeitslosigkeit befördert. Unser Ziel ist es, eine Zuständigkeit und eine Finanzierungsebene zu schaffen.

Um die Erwerbsbeteiligung von **Menschen mit Behinderung** zu erhöhen, werden wir eine Anhebung der Schwerbehindertenabgabe umsetzen. Unser Ziel bleibt, dass sich der gesellschaftliche Anteil der Schwerbehinderten auch in den Betrieben abbildet. Durch eine Förderung von gesundheitsverträglichen Arbeitsplätzen und arbeitserleichternden Hilfsmitteln ermöglichen wir Menschen mit Beeinträchtigung oder Assistenzbedarf, aber auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den nachhaltigen und langfristigen Verbleib im Erwerbsleben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wer arm ist, stirbt deutlich früher. Das muss sich ändern! Eine verbesserte Gesundheitsversorgung ist der Schlüssel zu mehr Lebensqualität. Sie stabilisiert außerdem unser soziales Sicherungssystem.

Im Rahmen der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Dazu stärken wir die persönliche Assistenz, um mehr Autonomie und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Den Einkommens- und Vermögensvorbehalt bei Fachleistungen sowie die Kostenvorbehalte im SGB XII schaffen wir ab. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung werden wir in der Pflegeversicherung gleichstellen. Zudem wird die Wahlfreiheit zwischen einer Beschäftigung

auf dem ersten Arbeitsmarkt und einer Arbeit in einer anerkannten Werkstatt für Menschen mit Behinderung ermöglicht. Eingeschlossen ist dabei eine unbürokratische Rückkehrmöglichkeit.

Um die Erwerbschancen von **Menschen mit Migrationsgeschichte** und anderen bei der Arbeitssuche diskriminierten Gruppen zu verbessern, wollen wir flächendeckende anonyme Bewerbungen. Durch Aufklärungskampagnen kann zudem die interkulturelle Sensibilität und Offenheit bei der Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern verbessert werden. Die öffentliche Verwaltung hat bei der Beschäftigung von Menschen aus benachteiligten Gruppen eine Vorbildfunktion.

Für diejenigen, die trotzdem keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung. Die Begründung leitet sich aus der Menschenwürde und dem Menschenrecht auf Arbeit und Teilhabe ab. Konkret geht es um die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse, die ortsüblich und tarifgebunden entlohnt werden. Maßgeblich ist zudem das Prinzip der Freiwilligkeit: Es besteht kein Zwang eine solche Arbeit anzunehmen. Durch die Abstimmung mit Kammern und Gewerkschaften soll die Verdrängung von regulärer Arbeit verhindert werden.

Zielgruppe sind Menschen, die sich seit mindestens zwei Jahren im SGB II Bezug befinden. Das umfasst insbesondere Personen, die aufgrund physischer oder psychischer Einschränkungen keinen Erfolg auf dem ersten Arbeitsmarkt haben und Menschen, die aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters oder der strukturellen Schwäche ihrer Region keine Arbeit finden.

Die Förderung erfolgt in Form eines Lohnkostenzuschusses, der zeitlich befristet ist, aber im Bedarfsfall längerfristig gewährt werden kann. Begleitet wird dies durch eine intensive Vorbereitung auf die Arbeitsaufnahme, enge Betreuung während der Arbeit sowie unterstützende Qualifizierung.

Die Finanzierung erfolgt zum Teil durch zusätzliche Steuermittel. Der Großteil könnte aber durch einen sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer mobilisiert werden. Die für den passiven Leistungsbezug vorgesehenen Mittel werden dabei direkt für die Förderung eingesetzt. Auf diese Weise wird Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert.

Dies ist auch eine weitsichtige Reaktion darauf, dass sich die Jobperspektiven der Langzeitarbeitslosen durch den aktuellen Zuzug von Arbeitsmigranten tendenziell weiter verschlechtern werden.

Wir wollen, dass das **Normalarbeitsverhältnis** wieder der Normalzustand wird. Das ist einerseits eine Frage der Sicherheit der Beschäftigten, aber auch eine entscheidende Grundlage für die Finanzierung und Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Voraussetzungen dafür sind unter anderem, die Stärkung der Tarifbindung durch starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die ihre Koalitionsfreiheit nutzen, das Beenden von sachgrundlosen Befristungen, der vollständige Ausschluss von missbräuchlichen Werkverträgen unter Einbezug der vollen Mitbestimmungsrechte durch die Betriebs- und Personalräte (incl. des Zustimmungsverweigerungsrechts), die deutliche Anhebung des bundesweiten Mindestlohns und der ersatzlosen Streichung der Ausnahmen, die konsequente Rückführung der Vergabe, weil sie sich in sehr vielen Fällen für das Gemeinwohl wirtschaftlich nicht rechnet sowie die uneingeschränkte Reduzierung von atypischer/prekärer Beschäftigung.

Die Zumutbarkeitsregelung für Arbeitssuchende wird an die Zahlung von tariflichen und ortsüblichen Löhnen gebunden. Des Weiteren wollen wir eine **Neuordnung von geringfügiger Beschäftigung**. Eine mögliche Lösung, die wir im Dialog mit den Betroffenen entwickeln wollen, sehen wir im DGB-Modell. Arbeitgeber sind demnach verpflichtet, den vollen Anteil an Sozialbeiträgen ab dem ersten verdienten Euro zu zahlen. Der Arbeitnehmeranteil wächst an, bis er ab einer festgelegten Einkommensgrenze den vollen Satz erreicht.

Dies bezieht ausdrücklich das europäische Freizügigkeitsrecht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ein und stellt eine dauerhafte Finanzierung zur Beratung und Begleitung dieser Gruppe von Beschäftigten durch die öffentliche Hand hierzu sicher.

Um den Schutz von Arbeitnehmern zu verbessern, ist die Möglichkeit eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen notwendig. Das ermöglicht auch die anonyme Verfolgung von Missständen und verbessert die Kontrollmöglichkeiten.

Wir wollen eine stärkere **Öffnung des Arbeitsmarktes** für Menschen aus dem Ausland. Deshalb brauchen wir ein **Einwanderungsgesetz**. Zudem wollen wir einen erleichterten Arbeitsmarktzugang für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Dazu gehören eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und die Einführung von unbürokratischen Nachprüfungen, um Abschlüsse bei Verlust von Dokumenten nachzuweisen. Ferner wollen wir ein dauerhaftes Bleiberecht für erfolgreiche Absolventen schulischer und beruflicher Ausbildung. Integration in den Arbeitsmarkt gelingt am besten niedrigschwellig und vor Ort. Deshalb fördern wir soziale Projekte, beispielsweise offene

Werkstätten. Diese ermöglichen ohne Eintrittshürden den Nachweis von Qualifikation für Menschen ohne Papiere und Zeugnisse. Auf diese Weise werden Wege in Praktika und reguläre Beschäftigung eröffnet.

Unsere Ziele bei der Umgestaltung des Steuersystems und der Sozial- und Rentensystems kann nur gelingen, wenn wir breiten Rückhalt in der Gesellschaft dafür haben. Dafür ist eine intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ebenso unerlässlich wie die Kooperation mit den großen Sozialverbänden.

4. BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Aufstieg durch Bildung – der sozialdemokratische Weg

Bildung im sozialdemokratischen Sinne ist ganzheitlich und lebensbegleitend. Sie ist die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft, in der Menschen durch Fleiß und Talent ihre selbstgesteckten Ziele erreichen können. Bildung ist die elementare Grundlage für Chancengerechtigkeit. **Deshalb muss das gesamte Bildungssystem kostenfrei und jederzeit durchlässig nach oben sein.** Die unterschiedlichen Wege zum Bildungserfolg sind für uns gleichwertig. Die Stationen auf diesem Weg sind alle jeweils für sich genommen von besonderer Bedeutung. Das gilt für Kita, Kindertagespflege, Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung gleichermaßen.

Eine ganzheitliche Bildung bedeutet, dass es gleichermaßen um Fähigkeiten, Potentiale, Kenntnisse und Erkenntnisse geht, um soziale Kompetenzen, Kreativität, ästhetische Erfahrung, ethische Reflexion und Sensibilität für Werte. Wenn dieser Anspruch verwirklicht werden soll, ist eine gute finanzielle Ausstattung nötig. Bildung hat für uns deshalb fiskalische Priorität.

Ein weiterer Grundsatz unserer Bildungspolitik ist die Prävention. Ungleichheiten und Nachteile wollen wir möglichst früh kompensieren, um allen Menschen die gleichen guten Chancen zu ermöglichen. Wir wollen niemanden auf dem Bildungsweg zurückzulassen. Deshalb wollen wir eine Kultur der zweiten und dritten Chancen sowie viele verschiedene Wege, die zum Bildungserfolg führen.

Inklusion ist für uns elementares Menschenrecht, das insbesondere im Bildungsbereich auf allen Ebenen verwirklicht werden muss. Wir wollen eine Schule,

die offen für alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit ist. Gleichberechtigt für Kinder mit und ohne Behinderung, offen für Kinder aus finanzstarken wie aus finanzschwachen Gebieten. Offen für alle Formen von Talenten und Begabungen. Diese Offenheit führt dazu, dass kulturelle, religiöse, ethnische und soziale Trennungen überwunden werden. Eine Gesellschaft der Gleichen und Freien nimmt ihren Ausgang im Bildungssystem. Deshalb muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen sowie die Überwindung einschränkender Rollenmuster gefördert werden. Gute Bildung ist auf die Menschen angewiesen, die sie vermitteln. Wir wollen deshalb größere Anerkennung für die Tätigen in Kindertagesstätte, Kindertagespflege, Schule oder Hochschule sowie deren sach- und aufgabengerechte Personalausstattung. Diese Anerkennung muss sich auch in einer guten Bezahlung niederschlagen.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist aufs Engste mit dem Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“ verbunden. Generationen von Menschen haben hart gearbeitet, damit es ihre Kinder einmal besser haben werden. Ein System, das dieses Versprechen nicht mehr einlöst, sondern Bildungserfolg durch die Herkunft vorherbestimmt, ist zutiefst ungerecht. **Wir brauchen deshalb eine Erneuerung des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens!** Wir bauen Hürden auf dem Weg zu hohen Schulabschlüssen ab, senken aber nicht die Anforderungen. Gerade die Sozialdemokratie muss wieder stärker herausstellen, dass eine qualifizierte Berufsausbildung einem Studium gegenüber gleichwertig ist. **Es gibt keine richtige oder falsche Bildung. Entscheidend ist nur, dass Menschen ihre Ziele verwirklichen können und soziale Mobilität ihre Anstrengung auf diesem Weg belohnt.**

Bildung und Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland

Das Bildungssystem ist ein entscheidender Gradmesser für Gerechtigkeit in einer modernen Wissensgesellschaft. Ausgerechnet in diesem Bereich beobachten wir einen engen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Im OECD-Schnitt sind Bildungschancen in Deutschland besonders ungerecht verteilt. Während von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten durchschnittlich 85 die Oberstufe erreichen und 81 studieren, erreichen von 100 Kindern aus nichtakademischen und bildungsbenachteiligten Haushalten 36 die Oberstufe und nur 11 nehmen ein Studium auf.¹⁵ Auf diese Weise entscheidet die Herkunft über den weiteren Lebensweg.

Parallel zu dieser anhaltenden Ungerechtigkeit beobachten wir eine tiefgreifende und anhaltende Veränderung der Bildungslandschaft. Der Bildungsstand der Bevölkerung erhöht

¹⁵ OECD-Bildungsbericht 2014

sich stetig. Hinzu kommt ein starker Trend zu immer höheren Abschlüssen. Mehr als die Hälfte aller Absolventinnen und Absolventen (57 Prozent) verlässt die Schule inzwischen mit der Hochschulreife; dieser Abschluss wird zunehmend auch an beruflichen Schulen und Schulen mit mehreren Bildungsgängen erworben.

Folgerichtig besuchen immer mehr junge Menschen eine Hochschule. Diese sind der gestiegenen Nachfrage finanziell nicht in vollem Umfang gewachsen. Es fehlt an Lehrpersonal, Wohnraum und genereller Infrastruktur. Nichtsdestotrotz steigt die Zahl der Menschen mit Hochschulabschluss. Seit 2002 ist ungefähr eine Verdopplung zu beobachten. Die Frauen liegen dabei deutlich vor den Männern. **Nach wie vor gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und beruflichem Fortkommen. Bildung schafft Wahlfreiheit und Selbstbestimmung. Sie entscheidet elementar über Lebenschancen. Damit handelt es sich um die wichtigste Verteilungsfrage unserer Zeit.**

Die Küstenkoalition in Schleswig-Holstein hat das erkannt und in einem breiten Dialog mit Schülern, Eltern und Lehrern wichtige Reformvorhaben im Bildungsbereich durchgesetzt.

- Dazu gehört die Weiterentwicklung von Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen, so dass es nun gemeinsam mit Gymnasien und beruflichen Schulen drei starke weiterführende Schularten gibt.
- Mit der Abschaffung der verbindlichen Schulartempfehlung wird soziale Mobilität gefördert.
- Die Finanzierung zusätzlicher Lehrerstellen, trotz Haushaltsnotlage, verbessert die Unterrichtsversorgung.
- Die Reform der Lehrerausbildung wird die Qualität des Unterrichts anheben.
- Die Schulentwicklung wurde durch die Förderung von multiprofessionellen Teams unterstützt.

Auf dem Weg zu einer inklusiven Schule wurden wichtige Schritte unternommen. Mit einer Inklusionsquote von über 60 Prozent ist Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Flächenländern Vorreiter. Dennoch bleibt es eine Herausforderung, die Schulen ganz konkret bei der Umsetzung zu unterstützen und inklusive Anschlüsse in der Beruflichen Bildung sowie an den Hochschulen zu schaffen. All dies zeigt, dass gute Bildung Priorität für

die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein hat. Dennoch bedarf es weiter Anstrengungen, um die aufgeworfenen Probleme zu lösen.

Gute Bildung von Anfang an – Chancengleichheit verwirklichen

Bildungspolitik darf niemals nach Kassenlage gemacht werden, deshalb fordern wir eine generelle **Abschaffung des Kooperationsverbotes** zwischen Bund und Ländern. Das Verbot verhindert aktuell noch, dass der Bund Bildung in den Ländern systematisch fördern darf und sorgt in Verbindung mit der Schuldenbremse für erhebliche Finanzierungsprobleme.

Im Bereich der **U3-Betreuung** ist in einem ersten Schritt die bedarfsdeckende Versorgung zu erreichen. Konkret bedeutet dies nicht nur, jedem Kind einen eigenen Platz zu Verfügung zu stellen, sondern auch die Betreuung in Rand- und Ferienzeiten zu verbessern. Der zweite Schritt ist die **Kostenfreiheit der Betreuung**. Damit entlasten wir Familien wirkungsvoll und schaffen eine bessere Grundlage für Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In einer dritten Phase muss die **Qualitätsverbesserung** der Schwerpunkt sein. Das gilt für Randzeitenbetreuung ebenso wie für verlässliche Ganztagsangebote. Zudem wird eine konzeptuell durchdachte Betreuung mit gut qualifizierten und bezahlten Fachkräften angestrebt. **Unsere Zielvorstellung ist, dass jedes Kind mindestens ein Jahr die U3 Betreuung in Anspruch nimmt, da auf diesem Weg Defizite im sozialen, emotionalen und sprachlichen Bereich frühzeitig ausgeglichen werden können.**

Die Kindertagesstätten wollen wir zu **Familienzentren** weiterentwickeln. Künftig ermöglichen sie umfassende Beratung und Information für Eltern. Auch für **Kindertagesstätten und die Kindertagespflege** streben wir mittelfristig die komplette **Beitragsfreiheit** an. Ferner werden wir sie bei der Umsetzung eines eigenen Bildungsauftrages unterstützen. Kindertagesstätten bereiten nicht nur auf die Grundschule vor, sondern sollen eigene pädagogische Schwerpunkte setzen. Des Weiteren brauchen wir eine intensive **Sprachförderung** für Kinder mit Defiziten, damit diese Defizite nicht zu einem anhaltenden Bildungsnachteil werden. Auch hier bleibt das Ziel, eine **flächendeckende Versorgung mit verlässlichen Ganztagsangeboten**. Mittelfristig wollen wir im Dialog mit den Eltern, Kindertagesstätten, Schulen und den auszubildenden sowie entsprechend forschenden Hochschulen diskutieren, wie das letzte Jahr vor der Einschulung gestaltet werden kann, um den Übergang zu verbessern. Die verpflichtende Einführung eines Kita-Jahres ist ebenso denkbar wie die Einrichtung eines Vorschuljahres.

Bei den **Grundschulen** werden wir die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung sicherstellen, ohne die Qualität zu gefährden. Auch hier brauchen wir **Ganztagsangebote**, die verlässlich, qualitativ hochwertig, durchdacht und attraktiv sind. Sie müssen mit einer ebenso guten Ferienbetreuung verzahnt sein. Dies ist insbesondere entscheidend, um die Erwerbschancen von Alleinerziehenden zu verbessern. Wir wollen die Problematik der versteckten Kosten in der Schule lösen. Sie sind Bildungsbarrieren, die Stigmatisierung bedingen. Künftig werden deshalb die Kosten für Klassenfahrten, Mensa-Essen und Kopien durch die öffentliche Hand getragen. Mittelfristig soll auch das Frühstück als Regel-Mahlzeit in den Grundschulen eingeführt werden. Die **flexible Eingangsphase in die Grundschule** ermöglicht allen Kindern einen guten Start. Durch jahrgangsübergreifendes Lernen können die Lehrkräfte allen Kindern besser gerecht werden. Um die Zahl männlicher Grundschullehrkräfte zu erhöhen, werden wir eine Werbekampagne analog zu den Anstrengungen in Hamburg umsetzen.

Im Bereich der **weiterführenden Schulen** wollen wir die Kooperation der Oberstufen von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen verbessern. Künftig müssen alle Schulen alle Abschlüsse anbieten. Auch an den weiterführenden Schulen ist unser Ziel, dass alle mit der Schule verbundenen Kosten öffentlich getragen werden. Wichtig ist zudem ein echtes, durchdachtes und kostenfreies **Ganztagsprogramm** an allen Schulen. Wir sehen das als entscheidende Voraussetzung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Gerechtigkeit im Bildungssystem zu steigern. Notwendig ist eine gestärkte finanzielle und personelle Ausstattung der Ganztagschulen, damit Angebote in der notwendigen Qualität gemacht werden können. Hier ist insbesondere auch der Bund in der Verantwortung. Die Serviceagentur „Ganztägig lernen“ wollen wir weiter ausbauen.

Dies kann für uns nur zusammen gedacht werden mit einem echten Schulbauprogramm II, das den Kommunen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, die Möglichkeit gibt, ein attraktives Schulangebot vorhalten zu können. Die Finanzkraft einer Kommune darf nicht über die Qualität der Bildung entscheiden! Es sollen verstärkte Beratungsstellen und **Coachingangebote** für Erziehungsberechtigte geschaffen werden.

Ab dem 5. Jahrgang werden berufsorientierende Angebote in den Fachunterricht integriert, bis zum 8. Jahrgang intensiviert, um dann in eine gezielte Berufsvorbereitung zu münden. An den Gemeinschaftsschulen wollen wir flexible Übergangsphasen, die auf unterschiedlichen Wegen zu einem Abschluss führen. Die durch die sinkenden Schülerzahlen freiwerdenden Lehrerstellen wollen wir zur Hälfte erhalten und so eine schrittweise **Verbesserung der Unterrichtsversorgung** erreichen. Außerdem wollen wir den Einsatz von Schulassistenten an Schulen und Schulformen.

Die Stärkung der politischen Bildung in den Schulen eröffnet neue Chancen für Partizipation und wirkt einer zunehmenden Entfremdung von Politik und Gesellschaft entgegen: Wirtschaft/Politik soll deshalb künftig projektbezogen und handlungsorientiert bereits ab der 5. Klasse unterrichtet werden. Zudem wollen wir eine stärkere Behandlung gesellschaftlicher Themen (Toleranz, Diversität, aktuelle Themen) im Unterricht der Grundschule. Außerdem soll die innerschulische Demokratie gestärkt werden.

Nach der Einführung des Mindestlohns muss eine **Mindestausbildungsvergütung** folgen. Das steigert die Attraktivität der beruflichen Ausbildung und verhindert, dass Auszubildende als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Wir wollen eine Stärkung der beruflichen Bildung und keinen Menschen mehr zurücklassen. Deshalb werden wir den **Rechtsanspruch auf eine qualifizierte berufliche Ausbildung** einführen.

Das unüberschaubare Angebot an Übergangssystemen hat sich als ineffektiv erwiesen. Zu selten gelingt daraus der Übergang in eine qualifizierte Berufsausbildung. Wer deutlich zeigt, dass er bereit ist für eine Ausbildung, erhält künftig auch einen Platz. Es gilt der Grundsatz: **Kein Abschluss ohne Anschluss!** Voraussetzungen dafür sind der systematische Ausbau der persönlichen Begleitung und frühen Beratung in der Schule, die betriebliche Einstiegsqualifizierung als wichtige und gezielt einzusetzende Fördermaßnahme sowie die Weiterentwicklung und Stärkung des regionalen und kommunalen Bildungsmanagements als Dreh- und Angelpunkt für den Übergang von Schule und Beruf bzw. Studium. Zur Stärkung dieser Bildungsübergänge soll es kommunale, bzw. wo sinnvoll regionale Referate für Bildungsmanagement geben, welche mit den Schulen kooperieren.

Wir wollen an den Oberstufen wieder mehr Fächer-Wahlmöglichkeiten schaffen, sodass die Schülerinnen und Schüler intensiver entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen lernen können. Dies ermöglicht es ihnen, ein eingehenderes Fachwissen aufzubauen und sich hinsichtlich eines Studienfachs oder Berufs in dem Fachbereich zu orientieren. Weiterhin erhöht es die Durchlässigkeit für die optimale Gestaltung ihres individuellen Bildungsweges. Hierfür muss zudem eine Studien- und Berufsorientierung gewährleistet werden.

Wo ein knappes Ausbildungsplatzangebot vorliegt, werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern eine branchenweite **Ausbildungsplatzumlage** für eine solidarische Finanzierung schaffen. Junge Menschen, die auch unter diesen Bedingungen keinen Platz finden, erhalten bei einem Träger oder einer berufsbildenden Schule einen **öffentlich geförderten Ausbildungsplatz** mit engen Bezügen zur betrieblichen Praxis, der mit einer

Garantie auf ein zweites und drittes vollqualifiziertes Berufsausbildungsjahr verbunden ist. Damit die Übergänge besser gelingen, wollen wir in jedem Kreis und in den kreisfreien Städten **Jugendberufsagenturen** nach dem Hamburger Vorbild einrichten.

Auch eine geschlechtergerechte Berufsorientierung muss über Aktionstage wie dem Girls und Boys Day hinausgehen, z.B. durch den Ausbau der Kooperation von Berufs- und allgemeinbildenden Schulen. Als weitere Maßnahme in diesem Bereich wollen wir die fachlichen und personellen Ressourcen der verschiedenen Ministerien in einem neuen **Institut für berufliche Bildung** bündeln. Dieses soll die Fach- und Dienstaufsicht für die beruflichen Schulen auf sich vereinen und auch die Zuständigkeit für die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen zusammenführen. Des Weiteren werden die beruflichen Schulen bei der Lehrerversorgung und der Versorgung mit sonder- bzw. förderpädagogischen Lehrkräften mit den allgemeinbildenden Schulen gleichgestellt. Wir wollen zudem ein gestärktes und elternunabhängiges **Meister-BAföG**. Wir sehen den Meistereil analog zu einem Hochschulabschluss. Deshalb besteht auch hier die Notwendigkeit der Gebührenfreiheit.

Im Bereich der **Hochschulen** soll künftig der Bund die gesamte Grundfinanzierung übernehmen. Das schafft Planungssicherheit, garantiert gleiche Bedingungen in allen Ländern und ermöglicht Spielräume für wichtige Investitionen. Wir wollen die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre mehr als bisher durch öffentliche Finanzmittel stärken und sichern, weil durch die erhebliche Zunahme der einzuwerbenden Drittmittel eine interessensgeleitete Einflussnahme, die dem Gemeinwohl entgegenstehen kann, nicht vollends ausgeschlossen werden kann. Das BAföG wollen wir weiter ausbauen. Die Erhöhung auf Druck der SPD war ein erster richtiger Schritt. Weitere müssen folgen. Langfristig streben wir ein **eltern- und altersunabhängiges BAföG** an, welches alle Härtefälle einschließt und den bürokratischen Aufwand minimiert. Ein weiteres wichtiges Thema ist bezahlbarer studentischer **Wohnraum**. Aktuell hat Schleswig-Holstein die geringste Wohnheimquote bundesweit. Hier bedarf es der Schaffung neuer Plätze.

Des Weiteren streben wir eine **Öffnung der Hochschulen** an. Das gilt in Bezug auf den Hochschulzugang für Absolventen einer qualifizierten Berufsausbildung ebenso wie für Studierende mit Behinderung sowie ältere Menschen. Öffnung meint auch, dass die Chancen der Digitalisierung konsequent genutzt werden. Künftig wird das Lernen weniger stark an einzelnen Orten gebunden sein. Online-Vorlesungen und Übungen sollten deshalb konsequent gefördert werden. Auch bei der Finanzierung müssen Online- und Teilzeitstudiengänge dem traditionellen Präsenzstudium gleichgestellt werden. Damit wird

der heute größeren Vielfalt bei den Wegen zu einem akademischen Abschluss Rechnung getragen.

Im Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten ist ebenfalls eine Öffnung notwendig. Die formale Gleichwertigkeit der Abschlüsse muss in der Realität mit Leben gefüllt werden. Übergänge und der Austausch zwischen den Hochschulformen sollten deshalb erleichtert werden.

Nachdem **Inklusion** fest in der universitären Ausbildung der Lehrkräfte verankert wurde, werden wir dort auch die **interkulturelle Kompetenz** berücksichtigen. Bildung für nachhaltige Entwicklung kann einen Beitrag zur generationengerechten Chance auf Bildung der verschiedenen Kulturen liefern. Während des Referendariats soll die Betreuung durch Studienleiter und Mentoren intensiviert werden, um den Übergang zwischen Studium und Berufspraxis zu verbessern.

Für studierwillige junge Menschen werden wir ein Beratungssystem analog zu den Jugendberufsagenturen schaffen. Studienabbrechern und Studienfachwechslern stehen entsprechende Anlaufstellen zur Verfügung, um sie bei den weiteren Schritten zu beraten. Grundsätzlich gilt für uns, dass wir Lehrkräfte in ihrem Beruf eine langfristige Perspektive bieten wollen und sie deshalb adäquat absichern müssen. Dazu gehört auch, Lehrkräften im Laufe ihres Berufslebens auch neue Berufsbiografien zu ermöglichen, z.B. durch den Wechsel der Schulart.

Wir wollen die **Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf** an Regelschulen weiter vorantreiben. Das geht nicht zum Nulltarif. Deshalb müssen die Schulen die nötige finanzielle Unterstützung erhalten, um diese Herausforderung zu bewältigen. Langfristig sollen alle Schulen mit **multiprofessionellen Teams** und einer sonderpädagogischen Grundversorgung ausgestattet werden. Jedes Kind soll als Individuum wahrgenommen werden und die ihm angemessene Unterstützung – unabhängig vom Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs – erhalten.

Kultur leistet einen Beitrag zu Lebensqualität, ist Standortfaktor und Kommunikationsplattform. Wir begreifen sie deshalb als ein Gut, das für alle erreichbar und bezahlbar sein muss. Kulturelle Einrichtungen und ihre Angebote wie Theater, Museen und Opern müssen – auch als Möglichkeiten der außerschulischen Bildung – allen Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen gleich gut zugänglich sein. Die Anwendung von Marktmechanismen, insbesondere durch Privatisierungen, lehnen wir ab und bekennen uns zur finanziellen wie auch ideellen Förderung von Kultur. Die professionelle Arbeit muss dabei

ebenso wie das Engagement von Laien unterstützt werden. Kulturelle Teilhabe gehört zur gerechten Gesellschaft.

5. STARKE FAMILIE, STARKE KINDER, STARKE GESELLSCHAFT

Alle Gemeinsam – unser Gesellschaftsmodell

Als Sozialdemokratie orientieren wir unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. **Deshalb akzeptieren, schützen und unterstützen wir jede Art von Familie. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.** Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Angehörigen sorgen. **Wir wollen den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben, sondern sie bestmöglich bei ihrer selbstgewählten Lebensführung unterstützen.** Zum Beispiel durch Modelle wie den zivilen Solidaritätspakt (PACS).

Dafür brauchen wir vor allem eine **familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und betreuungsangebote sowie eine starke materielle Absicherung von Kindern.** Unsere Familienpolitik orientiert sich am Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld. Wir stehen dabei fest an der Seite der Eltern. Allerdings findet Elternrecht seine Grenzen, wo Kindesrecht verletzt wird. Kinder haben eigene, besondere Rechte, nicht zuletzt das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Als schwächste Mitglieder der Gesellschaft bedürfen sie der besonderen Unterstützung des Staates. Für uns ist klar: **Herkunft darf niemals zum sozialen Schicksal werden,** deshalb sorgen wir dafür, dass Kinder – unabhängig von ihrer Familie – unter gleichen Bedingungen aufwachsen können.

Unser Ziel „**Kein Kind zurücklassen!**“ werden wir nicht allein durch gerechtere Bildungspolitik, den Mindestlohn und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen können. Auch die materiellen Voraussetzungen für gleiche Chancen und Gerechtigkeit müssen gegeben sein. Soziale Sicherheit, Teilhabe und sozialer Aufstieg müssen für Kinder wieder erlebbar werden. Die Sozialdemokratie ist gefordert, soziale Gerechtigkeit im Alltagsleben von Familien, die von Armut bedroht sind, wieder spürbarer zu machen.

Alleinerziehende Mütter und Väter gehören zu den absoluten Leistungsträgern in der Gesellschaft. Sie verdienen unsere besondere Unterstützung. Auch die Wirtschaft trägt Verantwortung für Familien. Prekäre Erwerbsverhältnisse erschweren die Entscheidung für

Kinder. Wo der allzeit verfügbare Arbeitnehmer zum Ideal wird, leiden die Familien. Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, damit Eltern Beruf und Familie vereinbaren und mehr Zeit für Kinder haben können. Der Kinderzuschlag ist ein Instrument, das Familien hilft, nicht in Armut zu geraten. Gerade für Alleinerziehende ist er hilfreich. Wir wollen daher, dass der Unterhaltsvorschuss nicht auf den Kinderzuschlag angerechnet wird.

Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Knapp über 20% der Bevölkerung haben in Deutschland eine Migrationsgeschichte und sind damit ein tragender Bestandteil der Gesellschaft. Dennoch sind Menschen mit Migrationsgeschichte heute immer noch sozio-ökonomisch benachteiligt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns ein für eine Politik, die allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Zukunft gleiche Chancen einräumt

Da wir glücklicherweise immer älter werden, schließt sich an das Arbeitsleben eine dritte, ausgedehnte Lebensphase an. **Jeder Mensch soll auch im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können.** Das Engagement und die Erfahrung der Älteren bereichern unser Land wirtschaftlich, politisch und kulturell.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir seit über 150 Jahren dafür, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Frauen und Männer sollen gleich, frei und solidarisch miteinander leben können. Zu einer modernen und liberalen Gesellschaft gehört für uns zudem die **Akzeptanz sexueller Vielfalt und gesetzliche Gleichstellung aller Menschen und Lebensformen.** Daher sind Initiativen zu fördern, die LGBTQIA-Aufklärungsarbeit leisten (Lesbian, Gay, Trans, Bi, Queer, Inter und Asexuell).

Kinder und Familien in der Bundesrepublik Deutschland

Eine gerechte Politik muss dafür Sorge tragen, dass Familien und insbesondere Kinder die notwendige Unterstützung erhalten. Dabei muss sie sich verändernden Bedingungen anpassen, um passgenaue Angebote zu machen. **Keine andere Familienform hat in den letzten Jahren so an Bedeutung gewonnen wie Ein-Eltern-Familien.** Bekommen sie die richtige Unterstützung, sind sie besonders leistungsfähig: 40 Prozent aller alleinerziehenden Mütter arbeiten Vollzeit – deutlich mehr als in Paarfamilien. Ganztagsangebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung sind für sie besonders wichtig. Gibt es diese nicht, können sie nur Teilzeit oder womöglich gar nicht arbeiten, obwohl sie es sich anders wünschen. In der Konsequenz sind Alleinerziehende wesentlich öfter auf Grundsicherung

angewiesen als Familien mit zwei Elternteilen. Das ist für die Kinder besonders dramatisch, weil ihre Chancen auf optimale Bildungsteilhabe sinken und ihr Armutsrisiko steigt.

Kinder sind die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Sie bedürfen unseres besonderen Schutzes. Trotz dieses gesellschaftlichen Konsens, sterben im Schnitt drei Kinder pro Woche durch Vernachlässigung und häusliche Gewalt. **Mit dem neuen Kinderschutzgesetz ist ein wichtiger Schritt gelungen.** Es bringt Prävention und Intervention im Kinderschutz voran und stärkt alle Akteure, die sich für das Wohlergehen von Kindern engagieren – angefangen bei den Eltern, über den Kinderarzt oder die Hebamme bis hin zum Jugendamt oder Familiengericht. Das Gesetz schließt Lücken im Kinderschutz, indem es Erkenntnisse aus dem Aktionsprogramm "Frühe Hilfen" und seinen vielfältigen Projekten aufgreift und damit die Nachhaltigkeit der in diesem Kontext von Bund, Ländern und Kommunen unternommenen Anstrengungen im Kinderschutz sichert. Jetzt heißt es nicht nachzulassen, sondern an dieser Stelle weitere Verbesserungen zu erreichen.

Immer noch wachsen in Deutschland knapp 20 Prozent der **Kinder in Armut** auf. Für die Allermeisten von ihnen bedeutet dies weniger Teilhabe, kaum Urlaub, schlechteres Essen, nicht ausreichend Platz zur Entfaltung, kein Kino-, Konzert- oder Theaterbesuch. Armut von Kindern ist immer Familienarmut. Die Zahl der 1,6 Millionen Kinder, die von Grundsicherung abhängig sind, ist erschreckend.¹⁶ Ein fatales Gefühl der Chancenlosigkeit wird zunehmend lebensprägend – dies wird mittlerweile in weiten Teilen der Bevölkerung gleichgültig oder als unveränderlich hingenommen. Armut verhindert Bildungs- und Lebenschancen. **Das Ausmaß der Kinderarmut im reichen Deutschland ist skandalös und muss unmittelbares politisches Handeln nach sich ziehen.**

Der beste Schutz vor Familienarmut ist die **Erwerbstätigkeit beider Elternteile**. Das belegt der Abschlussbericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen. Mit dem von der Sozialdemokratie geförderten Ausbau der Kinderbetreuung seit dem Jahr 2005 haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen und zum Familieneinkommen beitragen können. Laut Studie verringert sich dadurch das Armutsrisiko von Familien mit Kindern unter 12 Jahren um rund 7 Prozentpunkte. Gute Kitas ermöglichen einerseits individuelle Förderung von Kindern, andererseits verbessern sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern. Durch mehr und bessere Ganztagsangebote wollen wir längeres gemeinsames Lernen und damit mehr Chancengleichheit für alle Kinder erreichen. Auch das **Elterngeld** minimiert Familienarmut. Laut Gesamtevaluation reduziert sich mit der familienpolitischen Leistung das

¹⁶ Statistik Bundesagentur für Arbeit.

Armutsrisiko von jungen Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes um 10 Prozentpunkte und verhindert, dass 95.000 Familien in den SGB-II-Bezug kommen.

Neben den Familien und Kindern muss eine gerechte Gesellschaftspolitik das **Geschlechterverhältnis in den Blick nehmen**. Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern sind wir weit vorangekommen. Doch die alte Rollenverteilung ist noch immer nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet noch keine Gleichstellung. Gerade in Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Nach wie vor ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter. Weiterhin verdienen Frauen weniger als Männer, verlieren leichter ihre Arbeitsplätze und sind häufiger von Armut bedroht. Obwohl die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vor fast 79 Jahren im Grundgesetz festgeschrieben wurde, werden Frauen weiterhin benachteiligt.

Während aktuell die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt. Bei steigender Frauenerwerbsquote gehen das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung zurück. Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache. Während für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oftmals Frauen zuständig sind. Der Missbrauch von geringfügiger Beschäftigung erschwert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Denn zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen gemacht. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht existenzsichernd und sie führt oftmals geradewegs in die Altersarmut. Frauen werden trotz bester Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und schaffen es nur selten an die Spitze von Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und der Wissenschaft.

Auf Drängen der Sozialdemokratie konnten unlängst erhebliche Fortschritte in diesem Feld erreicht werden. Insbesondere sind hier der Mindestlohn, von dem besonders viele Frauen profitieren und die Frauenquote für Aufsichtsräte zu nennen. Aber auch das ElterngeldPlus, das wir im letzten Jahr beschlossen haben, hilft bei einer partnerschaftlichen Aufteilung der Kindererziehungszeit. Eltern können damit doppelt so lange wie bisher gleichzeitig Elterngeld beziehen und erwerbstätig sein. Eine partnerschaftliche Aufteilung wird belohnt: vier zusätzliche Partnerschaftsbonusmonate erhalten Eltern, die ihre Arbeitszeit vier Monate lang gemeinsam auf 25 bis 30 Stunden wöchentlich reduzieren.

Der gerade vorgelegte Abschlussbericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen zeigt aber, dass wir noch eine weite Strecke vor uns haben. Die bisherigen Instrumente zur Familienförderung haben in großen Teilen versagt – sie

fördern Familien unzureichend oder bewirken gar das Gegenteil. Die monetäre Förderung von Familien muss gerechter werden. Insbesondere Familien mit geringem Einkommen brauchen mehr Unterstützung. Diese Erkenntnisse gilt es politisch umzusetzen.

Niemanden zurücklassen – Niemals!

Kinder sind besonders. Einerseits sind sie eigenständige rechtsfähige Menschen, andererseits sind sie auf Unterstützung durch andere angewiesen. Deshalb ist ein wichtiger Schritt – und zwar nicht nur ein symbolischer – die Verankerung der **Kinderrechte im Grundgesetz**. Dies ist leider unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Bund nicht möglich. Es bleibt aber eine wichtige Forderung. Bisher fehlt die Klarstellung, dass bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, das **Kindeswohl** vorrangig zu beachten ist. Mit der Grundgesetzänderung könnten wir das Bewusstsein dafür schärfen, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Rechten und ihren Interessen ernst zu nehmen und anzuerkennen sind. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international anerkannten Kinderrechten.

Bei der Unterstützung von Kindern setzen wir auf **Prävention**. Negative Entwicklungen wollen wir möglichst früh korrigieren. Deshalb wollen wir ein Präventionsgesetz verabschieden, das einen besonderen Fokus auf die Gesundheit junger Menschen legt. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf bestmögliche Förderung ihrer Gesundheit. Wir brauchen zielgruppenorientierte Angebote im direkten Umfeld von Jugendlichen. Dazu zählt eine stärkere Verankerung von Gesundheitsförderung und Prävention in Schulen sowie eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Außerdem wollen wir die Inklusion für möglichst viele junge Menschen verwirklichen.

Obwohl **Alleinerziehende** aller Altersgruppen oft gut ausgebildet und motiviert sind, haben sie es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Alleinerziehende brauchen nicht nur Kinderbetreuung, sie sind zudem auf flexible Betreuungsstrukturen angewiesen, damit auch Randzeiten abgedeckt werden. Unser Ziel ist, dass Alleinerziehende ihr Leben so weit wie möglich nach eigenen Wünschen gestalten und selbst für ihre Existenzsicherung sorgen können. Vordringlich ist dafür die **Sicherstellung der Kinderbetreuung**. Zudem wollen wir eine besondere Unterstützung von jungen Alleinerziehenden ohne Berufsausbildung einführen. Dazu gehört der **Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses** und die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung. Dies gilt ebenso für Weiterbildung, die wir in Teilzeit ermöglichen wollen. Flankiert wird dies von einer sozial gerechten finanziellen Förderung von Alleinerziehenden. Neben der beschlossenen Erhöhung des

Entlastungsbetrages für Alleinerziehende, sollen die Alleinerziehenden auch in der Grundsicherung bessergestellt werden.

Übergeordnetes Ziel bleibt es, die Chancen von alleinerziehenden **Eltern auf dem Arbeitsmarkt** zu verbessern und ihre Kinder durch gute Betreuung und Bildung fit für ihr künftiges Leben zu machen. Auch beim ElterngeldPlus, das im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, hatten wir die Alleinerziehenden im Blick: Sie können ebenfalls die Partnermonate und die Partnerschaftsbonusmonate in Anspruch nehmen, wenn sie die gemeinsame Sorge vereinbart haben.

Heute wollen viele Frauen und Männer beides: Familie und einen guten Job, mit dem sie auf eigenen Beinen stehen können. Damit sie frei und selbstbestimmt über ihre Zeit entscheiden können, braucht es Reformen sowohl in der Familien- als auch in der Arbeitsmarktpolitik. Notwendig sind dafür eine bessere Unterstützung bei der Kinderbetreuung, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit, gleiche Löhne bei gleicher und gleichwertiger Arbeit durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Möglichkeiten zur partnerschaftlichen Aufteilung der Erwerbs- und der Familienarbeit.

Die **partnerschaftliche Erziehung hängt eng mit der Gleichstellung der Geschlechter** zusammen. Mit dem Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Führungspositionen haben wir ein Etappenziel erreicht. Künftig müssen die Aufsichtsräte von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt sein. Der erste Schritt zur faktischen Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ist damit getan. Unser Ziel bleibt jedoch die Parität und deshalb wollen wir **Geschlechterquoten** nicht nur in Aufsichtsräten einführen und langsam erhöhen bis dieses Ziel erreicht ist. Weitere Instrumente sind nötig. Dazu gehört eine verbesserte Berufsorientierung für Jungen und Mädchen, um Geschlechterklischees bei der Berufswahl zu überwinden. Auch die familienfreundliche Gestaltung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ist eine sinnvolle Maßnahme.

Das nächste wichtige gleichstellungspolitische Projekt, das sich Bundesfamilienministerin Schwesig vorgenommen hat, ist ein Gesetz zur **Entgeltgleichheit**. Dieses soll Transparenz herstellen und Lohnungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern aufdecken.

Das aktuelle Steuersystem orientiert sich an der „klassischen Ehe“ mit dem männlichen Alleinverdiener. Es bevorzugt gutverdienende verheiratete Paare, bei denen die Erwerbsarbeit ungleich verteilt ist und zementiert somit verkrustete Strukturen. Die Folge: Eine Erwerbstätigkeit rechnet sich für eine/n Ehepartner/in – meist die Frau – nicht. Dabei

wollen die meisten Frauen einer eigenen Arbeit nachgehen. Umkehrt möchten immer mehr Männer nicht mehr die alleinigen Familienernährer sein. Andere Länder wie Großbritannien, Schweden oder die Niederlande haben die gemeinsame Besteuerung von Eheleuten längst reformiert. Das wollen wir auch: Wir wollen das **Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen abschaffen** und eine Individualbesteuerung bei Berücksichtigung der steuerlichen Unterhaltsverpflichtungen einführen. Aufgrund einer Stichtagsregelung ändert sich für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, nichts.

Die **Öffnung der Ehe** zur "Ehe für alle" ist eine Frage der Gerechtigkeit. Des Weiteren muss eine Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt durch Bildungsprogramme von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung erfolgen.

Ein wichtiges Ziel der Sozialdemokratie ist der Abbau der strukturellen Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen von Menschen mit Migrationsgeschichte. Dazu gehören Schritte wie das Problem der Alltagsdiskriminierung anzugehen, anonymisierte Bewerbungen einzuführen, gesellschaftliche Institutionen von Parlamenten bis Vereinen zu öffnen und allen Menschen, die hier leben, das Wahlrecht auf allen Ebenen einzuräumen.

Das aktive Wahlalter bei den Bundestagswahlen muss auf 16 Jahre gesenkt werden, damit die Interessen junger Menschen besser berücksichtigt werden.

Wir wollen die **gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen** verbessern und ihre Potenziale besser nutzen. Dazu werden wir sie dabei fördern, aktiv zu bleiben und Mitverantwortung zu übernehmen. Wir wollen für ältere Menschen bessere Zugänge zu freiwilligem Engagement. Mit Hilfe niedrigschwelliger Beratungs- und Dienstleistungsangebote vor Ort helfen wir den letzten Lebensabschnitt selbstbestimmt zu gestalten.

Wir fordern **gute Betreuung und Pflege bis zum Schluss**. Dazu gehört neben dem Anspruch auf palliative und hospizliche Versorgung auch die Unterstützung pflegender Angehöriger - eine Reformierung des Familienpflegegesetzes ist längst überfällig - eine pflegebedingte Auszeit vom Beruf darf nicht länger zum finanziellen Risiko werden! Ein richtiger Lohnersatz wie beim Elterngeld bietet mehr Angehörigen die Möglichkeit, Zeit für Pflege zur Verfügung zu stellen. Ein plötzlicher Pflegefall bedeutet oft eine Überforderung. Zahlreiche wichtige Entscheidungen müssen innerhalb kurzer Zeit getroffen werden. Deshalb wollen wir den Familien qualifizierte Beratung an die Seite stellen, die über alle in Frage kommenden Angebote sowie ihre Vor- und Nachteile informiert.

In stärkerem Maße als bisher müssen die Interessen und Potenziale der Älteren in Bezug auf Wohnen, Wohnumfeld, Dienstleistungen etc. berücksichtigt werden. Dazu wollen wir **Seniorenbeiräte und andere institutionalisierte Formen der Beteiligung fördern**, indem wir ein ausreichendes Angebot von Beratungen und Schulungen z.B. für Seniorenbeiräte zur Verfügung stellen. Viele ältere Menschen sind in der Lebensphase nach ihrem Arbeitsleben bereit und in der Lage, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Ihre Erfahrungen und Qualifikationen können im bürgerschaftlichen Engagement nutzbar gemacht und weitergegeben werden. Dies kann durch die Mitwirkung der vielen aktiven Senioren im Bildungssystem, z.B. bei der Ganztagsbetreuung, als „Lese- oder Bildungspaten“, in der Stadtteilkulturarbeit, in Nachbarschaftsprojekten, in Vereinen und Initiativen oder in Integrationsprojekten geschehen. Die Kommunen sollten hierbei anregend und vermittelnd tätig werden.

Die Herausforderung, **Familie und Engagement mit Erwerbsarbeit zu vereinbaren**, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich Wirtschaft und Politik gemeinsam stellen müssen. Deshalb wollen wir eine rechtsverbindliche Regelung, die sicherstellt, dass **flexibler zwischen Teil- und Vollzeit** gewechselt werden kann. Durch die Einführung einer Familienarbeitszeit schaffen wir Existenzsicherung bei reduziertem Arbeitsumfang. So können Zeiten der Erwerbstätigkeit und Zeiten für die Sorge in der Familie zuverlässig und flexibel geplant werden. Das Modell soll so gestaltet werden, dass Eltern eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ermöglicht wird.

Kinderarmut im reichen Deutschland ist eine Schande. Um sie wirksam zu bekämpfen, setzen wir uns für eine eigenständige **Kindergrundsicherung** ein. Der erste Schritt ist die Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag: Kindern aus benachteiligten Elternhäusern mit weniger als 3.000 Euro Einkommen im Monat stehen dann – abhängig vom Einkommen der Eltern – bis zu 324 Euro im Monat zu. Im Vergleich zum komplizierten Kinderzuschlag werden wir mit dem neuen Kindergeld den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern. Die Leistung wollen wir als nicht abzugsfähige Zuwendung gestalten, um allen Kindern ein angemessenes Existenzminimum zu garantieren.

Geld alleine kann die vorherrschenden Probleme allerdings nicht lösen. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen vor allem **verlässliche Strukturen** und die notwendige staatliche Unterstützung. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, die Sicherstellung von Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Sie

brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrechterhalten und neu schaffen zu können. Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einführen, um Kinder und Familien bestmöglich zu unterstützen.

6. GERECHTIGKEIT IM GLOBALEN MASSSTAB – GERECHTIGKEIT ÜBER DEN TAG HINAUS

Die friedliche und gerechte Weltordnung schaffen

Die SPD ist die Partei der internationalen Solidarität. Seit ihren Anfängen hatte die Politik der Sozialdemokratie immer eine internationale Perspektive. Unser Handeln wird dabei durch die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geprägt. Weitere Grundsätze sind Verständigung, Entwicklungszusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation. Deswegen ist sozialdemokratische Außenpolitik stets auch Friedenspolitik.

Wir sind der Überzeugung, dass das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzt werden muss, um Frieden zu schaffen und soziale Gerechtigkeit weltweit zu verwirklichen. Krieg löst keine Probleme und Sanktionen auf Dauer auch nicht.

Wir müssen endlich zu einer Kultur der Ächtung kriegerischer Auseinandersetzungen und ihrer Profiteure kommen. Dazu gehört auch die generelle und weltweite Ächtung des Waffenhandels. Dabei unterstützen und fördern wir jegliche Entwicklungen zum Aufbau von Menschenrechten sowie des Friedens. Wir lassen auch jene Staaten nicht zurück, die den Weg des Aufbaus in dem genannten Sinne nicht mittels einer Demokratie gehen können. Wichtiger als die Form des politischen Systems sind für uns ein stabiler Friede sowie die Wahrung der Menschenrechte.

Sie sind gemeinsam mit dem Völkerrecht die unteilbare und universelle Orientierung unserer Politik. Gemeinsam verwirklichen sie unseren Grundsatz der **Freiheit** für Staaten und Individuen. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht bleiben das Fundament sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Die unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundlagen des Zusammenlebens ist Frieden. Langfristig sichern lässt sich dieser nur durch die weltweite Beendigung der Armut. Willy Brandt schrieb 1980 im Vorwort des ersten Berichts der

internationalen Nord-Süd-Kommission: „Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Kriege Hunger nach sich ziehen, aber weniger bewusst ist uns, dass Massenarmut ihrerseits zu Krieg führen kann. Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.“

Angesichts dessen ist die Notwendigkeit von **Gerechtigkeit** in der Weltwirtschaftsordnung überdeutlich – sie ist Voraussetzung, um Menschenrechte in allen Teilen der Welt garantieren zu können und bleibt deshalb festes Ziel und Kompass unserer internationalen Politik.

Solidarität wiederum ist die freiwillige Bereitschaft zur zwischenstaatlichen Kooperation. Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den entwickelten und nicht entwickelten Staaten ist Solidarität unabdingbar, um mehr globale Gerechtigkeit zu schaffen. Deutlich wird dies auch durch den Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie. Erst durch den gemeinsamen und solidarischen Kampf der Arbeiterbewegung konnten gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse erstritten werden. Auf globaler Ebene fehlt eine vergleichbare Bewegung. Hier ist das Engagement der wohlhabenden Staaten gefordert, um die eigenen hohen Ansprüche an Teilhabe und Gerechtigkeit auch international zu verwirklichen.

Ein Vorbild für die globale Verbreitung dieser Grundwerte kann die Europäische Union sein. Allerdings nur dann, wenn sie dem weltweiten Neoliberalismus und Marktradikalismus das Modell einer sozialen sowie nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Das Vorgehen der Eurogroup in Griechenland und anderen überschuldeten Staaten steht diesem Grundsatz entgegen. Es darf nie wieder geschehen, dass die Zukunft ganzer Nationen durch eine von außen erzwungene und nicht nachhaltige Austeritätsideologie gefährdet wird. Gelingt uns die Überwindung dieser Zustände, eröffnen sich neue Optionen für weltweiten Fortschritt.

Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung. Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte eine Globalisierung der Demokratie und Gerechtigkeit folgt. Die Vereinten Nationen bleiben dabei als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit.

Wir wollen als deutsche Sozialdemokratie aktiv dazu beitragen, dass das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der globalen Gerechtigkeit wird. Wir lassen uns dabei leiten von Hans Jonas Definition von Nachhaltigkeit: „Handel so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“ Wir müssen

also neben der Sicherstellung von globaler Gerechtigkeit unter und zwischen den Generationen auch dafür sorgen, dass künftige Generationen gut auf der Erde leben können. Die Gefährdung menschlichen Lebensraums durch Abbau und Förderung fossiler Brennstoffe sowie der weltweit umweltzerstörende Abbau von Rohstoffen müssen im Rahmen der Weltgemeinschaft rechtlich verbindlich geahndet werden können. Dies ist eine Frage der generationellen Gerechtigkeit!

Humanität und Gerechtigkeit

Seit Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonventionen 1951 sind wir verpflichtet Menschen Zuflucht und Schutz zu gewährleisten. Bis heute ist die Genfer Flüchtlingskonvention das wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz.

Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist in Deutschland im Grundgesetz verankertes Grundrecht. Mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darf es keine weiteren Asylrechtsverschärfung geben.

Laut UNHCR sind knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Menschen fliehen vor Bürgerkriegen, Konflikten und Verfolgung. Dieses ist die höchste Zahl, die jemals zuvor verzeichnet wurde. Die dramatische Steigerung begann 2011 mit dem Ausbruch des Krieges in Syrien. Da sich die Lage der Flüchtlinge, insbesondere in den Anrainerstaaten Jordanien, Türkei und Libanon, im letzten Jahr verschärft hat, sehen die Flüchtlinge nur noch einen Ausweg und das ist Europa. Die Hoffnungslosigkeit, gepaart mit der zunehmenden Armut und gesetzlichen Verschärfungen im Libanon und Jordanien, führen dazu, dass sich die Menschen in Bewegung setzen.

Das stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Die Menschen erwarten Antworten. Die sozialdemokratische Antwort darf nicht Abschottung und Grenzsicherungen lauten. Vielmehr als sonst sind gesamteuropäische Antworten zu geben. Wir wollen unserer Verantwortung, als eines der stärksten Partner in Europa, gerecht werden und werden uns für eine humane Flüchtlingspolitik einsetzen. Jedoch muss dieses auch eine gezielte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas beinhalten, damit dieses gelingen kann, muss als erster Schritt die Dublin III Regelung abgeschafft werden. Der Familiennachzug darf nicht beschränkt werden. Derzeit erleben wir aber das Gegenteil. Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zerstören die Grundlagen der Zusammenarbeit und kehren zu einem längst überwundenen geglaubten nationalegoistischem Handeln zurück. Ein solidarisches Europa muss eine der Antworten auf diese Herausforderung sein. Ohne die Bekämpfung von Fluchtursachen und eine gezielte Verbesserung von Lebenschancen weltweit, werden wir die Herausforderung auf nationaler Ebene nicht langfristig lösen können.

Deutschland hat hier eine besondere Vorbildfunktion und muss vormachen, wie eine humane Flüchtlingspolitik aussehen kann. Das Ankommen und die Erstunterbringung der Flüchtlinge stellt uns alle vor große Anstrengungen. Hier wird enorm viel geleistet, von Haupt- wie auch Ehrenamt. Damit diese wertvolle Arbeit auch weiterhin geleistet werden kann, braucht das Ehrenamt eine hauptamtliche Verstärkung, dieses kann in Form von Koordinierungsstellen erfolgen.

Allerdings wissen wir aus der Vergangenheit, dass sich die Situation in den Herkunftsländern nicht in kurzer Zeit entspannen wird. Die Menschen, die heute kommen, werden für viele Jahre auch bei uns bleiben. Daher kann eine sozialdemokratische Antwort nur lauten: Integration. Wir wollen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Menschen dürfen nicht jahrelang in Warteschleifen „geparkt“ werden. Die Barrieren zu Bildung und Arbeitsmarkt müssen abgebaut werden. Eine echte Willkommenskultur auf allen Ebenen der Gesellschaft ist einzufordern.

Deutschland ist ein Einwanderungsland ohne ein Einwanderungsrecht. Die Diskussion, um ein modernes Einwanderungsgesetz für Drittstaaten, wird seit zwei Jahrzehnten geführt. Jetzt ist die Zeit mehr als reif. Dies wäre gerecht, sozial und sinnvoll. Als erste Maßnahme muss der nachrangige Arbeitsmarktzugang abgeschafft werden. Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen dürfen nicht auf einzelne Gruppen beschränkt werden.

Jahrzehnte lang haben wir eine Integrationsdebatte über die Menschen geführt und nicht mit ihnen. Integration kann nur durch eine ehrliche Teilhabe und Beteiligung aller relevanten Gruppen gelingen, dass schließt die kulturelle Teilhabe mit ein. Wir wollen keine neue Integrationsdebatte, wir wollen eine ehrliche Diskussion führen, die die Chancen und die Herausforderung benennt.

Auch wir wissen, dass nicht alle bleiben können, die zu uns kommen. Rückführungen werden weiterhin ein Bestandteil der Asylpolitik bleiben. Wir dürfen hier aber die Humanität nicht ausschalten: Rückführungen nur in Anstand und Würde. Hier müssen die Abschiebehindernisse genau geprüft und im Zweifel, eine Rückführung ausgesetzt werden.

Stand der Dinge – Welt im Wandel

Viele der strukturellen Schief lagen des globalen Südens sind der kolonialen Vergangenheit anzulasten und wirken sich bis heute negativ aus. Die vollkommen willkürlich und fremdbestimmt gezogenen Staatsgrenzen leisten innerstaatlichen Konflikten Vorschub. Zudem fand eine schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, aber auch der Bevölkerung der kolonialisierten Länder statt. Die koloniale Handelspolitik fußte auf einer

völligen Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von der Abnahme ihrer Primärprodukte durch den globalen Norden. Die Konsequenzen sind bis heute spürbar: noch immer sind die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Globalen Südens sehr schwach. Der Globale Norden hingegen profitiert von dieser Abhängigkeit weiterhin und verschärft sie sogar noch zusätzlich mit einseitigen Handelsabkommen. All jene Erblasten aus der Kolonialzeit treffen allein die Länder des Globalen Südens. Dabei wäre es eigentlich die Pflicht der Länder des Globalen Nordens, mindestens Reparationszahlungen für den verursachten Schaden zu leisten.

Aktuell befindet sich die Welt in einer Phase des Umbruchs. In vielen Staaten erheben sich die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung und gehen für Freiheit und Demokratie auf die Straße. Immer mehr Menschen vernetzen sich global und engagieren sich gemeinsam für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nach wie vor nicht ausreichend gehört. Dennoch nehmen Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg zu.

Gleichzeitig lässt sich ein bedrohliches Aufkeimen neuer und alter Konflikte entlang ethnischer, religiöser oder politischen Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagende Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit beobachten. Die soziale Ungleichheit nimmt innerstaatlich und global zu. Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Weltvermögens.¹⁷ Die grassierende Ungleichheit produziert neue Konflikte, die sich beispielsweise in den Debatten über Flüchtlingspolitik bereits andeuten. Vor dem Hintergrund dieser Weltlage lassen sich folgende Zukunftstrends ableiten:

- Die Weltbevölkerung wird in den kommenden zwanzig Jahren von heute rund 7,2 Milliarden Menschen auf voraussichtlich etwa 9 Milliarden ansteigen, mit Schwerpunkten in Asien, Afrika und Lateinamerika.
- Das westlich-kapitalistische Wachstumsmodell mit seinen bisherigen Zentren NAFTA, EU und dem industrialisierten Ostasien mit etwas über 1,2 Milliarden Menschen verbreitet sich inzwischen über China, Indien, Russland und die ASEAN-Staate mit insgesamt 3,4 Milliarden Einwohnern.

¹⁷ Oxfam: Wealth: Having it all and wanting more. 2015.

- Der Bedarf an Ackerflächen, Trinkwasser, Rohstoffen und Energie wird immens zunehmen. Ebenso wie der Versuch der großen Wirtschaftsmächte sich diese Ressourcen durch die Erweiterung ihrer politisch-militärischen Einflusszonen zu sichern.
- Da diese Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen stattfindet, ist eine weitere gravierende Zunahme an sozialer Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften dieser großen Wirtschaftsmächte wahrscheinlich – plus der damit verbundenen Folgen, wie zunehmende Machtzusammenballung bei internationalen Unternehmensimperien, Oligarchisierung der staatlichen Politik und Zunahme von Korruption.
- Die Anfälligkeit der Weltwirtschaft für Finanz- und Wirtschaftskrisen wird größer.
- Die soziale Spaltung der internationalen Staatengemeinschaft in Arm und Reich wird sich weiter vertiefen.
- Traditionelle Wachstumsorientierung hat in eine Sackgasse geführt. Deswegen dürfen Wachstums-Indices bei der nationalen, europäischen und weltwirtschaftlichen Betrachtung nicht mehr das politische Handeln dominieren.
- Die weltweite Expansion des Modells der extremen Konsum- und Wegwerfgesellschaft bedingt eine massive Zunahme von Umweltbelastungen und -zerstörungen sowie eine Beschleunigung des Klimawandels. Dieser wird enorme Kosten verursachen und die Staaten der Welt vor neue und gewaltige Herausforderungen stellen. Der Klimawandel reduziert die vorhandenen Ackerflächen und verschärft den Konflikt um diese.
- Die weltweiten Migrationsbewegungen werden aufgrund von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung, sozialer Ungleichheit und den daraus erwachsenden, scheinbar ethnisch-religiösen begründeten, Kriegen, Bürgerkriegen Terrorismus und extremen Nationalismus weiter anwachsen.

Die Aufzählung macht deutlich, dass die Probleme des globalen 21. Jahrhunderts nur gemeinsam gelöst werden können: Den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegenwirken, Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und

Armut endlich überwinden. Das alles sind Probleme, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich erfordern sie eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.

Auf dem Weg zu einer gerechten Weltordnung

Der Impuls zur Bewältigung dieser Probleme und zur Schaffung einer neuen Weltordnung muss von den wirtschaftsstarken Ländern ausgehen. Deutschland muss sich dabei als Motor verstehen.

Vordringliches Ziel ist die **Umsetzung der UN-2030-Ziele für Nachhaltige Entwicklung**. Bei der Umsetzung muss Deutschland eine prägende Rolle einnehmen. Die weltweit wichtigsten Ziele bleiben die Bekämpfung von extremer Armut, Primärschulbildung für alle Menschen, die Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, eine Energiewende in Abkehr von fossilen Ressourcenverbrauch, die Förderung ökologischer Nachhaltigkeit und der Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

Deutschland muss endlich das selbstgesteckte Ziel und seine internationale Pflicht erfüllen und sich mit mehr als 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an der Bekämpfung der Armut in der Welt beteiligen. Hierbei ist elementar, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht als Mittel deutscher Außen- oder Wirtschaftspolitik missverstanden wird. Dabei haben solche Projekte Vorrang, welche die Menschenrechte voranbringen und insbesondere die Situation von Mädchen und Frauen verbessern. **Ohne Gleichstellung keine Entwicklung!**

Im Rahmen der G20 sollte sich Deutschland weiterhin für wirksamere Vereinbarungen einsetzen, die einen internationalen **Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte** schaffen. Projekte zur Steuerharmonisierung sind voranzutreiben. Globalisierte Kapitalströme können nur weltweit kontrolliert und reguliert werden. Dafür ist unter anderem die Einführung von internationalen Kapitalverkehrskontrollen geeignet. Langfristig streben wir ein lückenloses Steuersystem an. **Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.**

Deutschland und Europa müssen endlich Initiativen für mehr **Gerechtigkeit im Welthandel** ergreifen. Das heißt im Wesentlichen, mit gutem Beispiel voranzugehen bei der Öffnung der Märkte für Produkte und Dienstleistungen aus der Dritten Welt und weniger Subventionierung von Agrarprodukten. Der faire Handel bietet in diesem Zusammenhang die

Möglichkeit einer nachhaltigen Armutsbekämpfung besonders benachteiligter Produzentinnen und Produzenten weltweit. Die Standards des fairen Handels ermöglichen u.a. verbesserte Bildungschancen für Kinder, Gesundheitsvorsorge, den Schutz der Umwelt durch Förderung der Umstellung auf ökologischen Anbau, Verzicht auf ausbeuterische Kinderarbeit, Einhaltung der ILO-Arbeitsnormen sowie die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen inklusive Geschlechtergerechtigkeit. Zudem müssen Wertschöpfungsketten **Produktionsketten endlich transparent** gemacht werden. Produkten, die nachweislich in Kinderarbeit gefertigt wurden, muss der Zugang zu europäischen Märkten verwehrt werden. Künftig müssen auch die Muttergesellschaften bestraft werden, wenn Verstöße gegen Menschenrechte oder Schutzstandards bei Subunternehmen in Drittstaaten nachgewiesen werden können. Nur so lassen sich die Abwälzung von Verantwortlichkeit und die bewusste Ausreizung von Grauzonen beenden.

Die Bundesrepublik Deutschland soll sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Maßnahmen enger als bisher an **sozialen Maßstäben und ökologischen Zielen sowie an Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten** orientieren. Diese Organisationen dürfen nicht länger dazu genutzt werden, eine bestimmte Wirtschaftsordnung gegenüber den Nationalstaaten durchzusetzen. Langfristig sind diese durch demokratisch legitimierte und kontrollierte Organisationen zu ersetzen. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in den Programmen und Verträgen von IWF, Weltbank und WTO verbindlich zu verankern.

Unser langfristiges Ziel bleibt die Verwirklichung einer Weltinnenpolitik. Voraussetzung dafür sind starke Vereinte Nationen, ohne ein Veto-Recht einzelner Staaten. So reformiert, sehen wir diese wichtigste Weltorganisation in der Hauptverantwortung für Frieden und Sicherheit.

Um dieser Aufgabe umfassend gerecht zu werden, braucht es durchgreifende Reformen zur Stärkung der UN. Dazu ist insbesondere die **Vollversammlung aufzuwerten**. Zudem wollen wir weltweit eine wichtigere Stellung des Völkerrechts und der internationalen Gerichtsbarkeit. Ziel muss eine größere Wirkung von UN-Resolutionen sein. Initiativen zur Anpassung der Charta der Vereinten Nationen in diese Richtung sollten von Deutschland unterstützt werden, damit nicht nur der Sicherheitsrat völkerrechtlich bindende Beschlüsse fassen kann. Das Vetorecht der ständigen Mitglieder ist unbefriedigend, veraltet und nur historisch erklärbar. Andere Modelle, wie das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen im

Sicherheitsrat, sind wünschenswert jedoch aktuell kaum durchsetzbar. Die Frage der Erweiterung um mehr Mitglieder sollte auch künftig intensiv verfolgt werden.

Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in Europa und der Welt. **Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen eine aktive und konstruktive Rolle spielt.** Wir streben eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union an und wollen dafür weitere Reformen des institutionellen Gefüges. Die Europäische Kommission sollte zu einer Regierung ausgebaut werden, die durch das Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und gegebenenfalls abgesetzt werden kann. Wir streben an, dass das Europäische Parlament durch ein einheitliches europäisches Verhältniswahlrecht gewählt wird. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht, eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste europäische Judikative, und wacht darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten nicht verletzt werden.

Zur Verwirklichung des sozialen Europas braucht es eine starke Sozialunion. Sie muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtecharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen.

Auch in Europa soll künftig der sozialdemokratische Grundsatz gelten: **gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.** Dazu müssen die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden.

Wir wollen einen Sozialen Stabilitätspakt einrichten. Um Sozialdumping zu verhindern, müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, die sich am jeweiligen Durchschnittseinkommen orientieren.

Wir wollen dabei nicht, dass europäische Standards nationale Standards unterlaufen. Dies gilt gleichermaßen für den Abschluss internationaler Freihandelsabkommen. Es gilt nationale Standards zu schützen und diese durch internationale Vereinbarungen weiter zu erhöhen. **Wir verteidigen soziale Mindestanforderungen gegen den europäischen und weltweiten schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.**

Nur gemeinsam schaffen wir auf diese Weise das Jahrhundert der globalen Gerechtigkeit.

NOTIZEN:

NOTIZEN:

HERAUSGEBER:

SPD Landesverband Schleswig-Holstein

Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Homepage: www.spd-sh.de

E-Mail: info@spd-sh.de

facebook.com/spd-schleswig-holstein

twitter.com/spdsh

flicker.com/fotos/spd-sh

